

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Hans Sølvhøj</i> Annäherung und Verständigung	91
<i>Wilhelm C. Hambach</i> Si j'étais roi (Gedicht)	94
<i>Johannes-H. Meyer</i> Eine Reise in die Vergangenheit.....	95
<i>Gerhard Beier</i> Der Vertrag von Ripen und seine historische Bedeutung (2)	102
<i>Erich Wegener</i> Sozialdemokratie und Schleswig-Holstein-Frage 1864-66.....	108
<i>Paul Koopmann</i> Sozialdemokratie und deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.....	126
<i>Ulrich Beier</i> Überlegungen beim Entwerfen eines Brunnens für den Holm in Flensburg.....	137
Umschau ab Seite 142	

GERHARD BEIER, geb. 1937 in Flensburg, Promotion 1966 in Kiel, anschließend Schulungsleiter der IG Druck und Papier, danach Bundestutor für politische Bildung beim Deutschen Volkshochschulverband, z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte und zur politischen Bildung.

*

ULRICH BEIER, geb. 1928 in Flensburg. Handwerkliche Ausbildung als Bildhauer in Flensburg, 1948-52 Studium in Hamburg, Ernst-Preczang-Stipendiat, lebt als freischaffender Bildhauer in Hamburg.

*

WILHELM C. HAMBACH, geb. 25. Aug 1908 in Bonn. Studium von Musikwissenschaft, Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte. Dr. phil., seit 1934 Zeitungsredakteur und Kunstkritiker — nach Kriegsgefangenschaft in den USA und England — ab 1948 Theaterkritiker und Gerichtsberichterstatter, seit 1958 Feuilletonchef des Flensburger Zeitungsverlages. Lebt jetzt im Ruhestand.

*

PAUL KOOPMANN, geb. 8. Dez. 1911 in Sonderburg. Dr. phil., Studiendirektor i. R. Leiter der Heimvolkshochschule und Nachschule in Tingleff von 1952-73; Studium der Geschichte, Geographie und Philosophie in Innsbruck, Kopenhagen und Kiel von 1931-38; Promotion 1937:

„Deutsch und Dänisch um die Wende des 18. Jahrhunderts“; Staatsexamen 1938; Militärdienst in Dänemark 1939/ 40; Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1940 bis zur Kapitulation; Mitglied im Amtsrat von Tondern 1954-70; Mitglied im Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger.

*

JOHANNES-HINRICH MEYER, geb. in Frankfurt a. d. Oder, entstammt einem alten schleswig-holsteinischen Geschlecht. Besuch des Alten Gymnasiums in Flensburg. Abitur 1940. Schwerkriegsbeschädigter im Zweiten Weltkrieg. Studium der Geschichte, u. a. Minderheitenfragen (Straßburg, Graz, Innsbruck), danach der Rechtswissenschaft. Zweites Staatsexamen 1951. Ab 1953 Richter (Amtsgericht Flensburg).

*

HANS SØLVHØJ, Hofmarschall der dänischen Königin, Kammerherr.

*

ERICH WEGENER, geb. 1922. Obwohl an Geschichte, historischen Abläufen und Ereignissen sehr interessiert, ist schriftstellerische Betätigung nur Nebenbeschäftigung geworden. Die besondere Aufmerksamkeit galt dem nordischen Raum. Beruf: Marineoffizier.

Fotos: Annelise Beier (2), S. 157 u. 158

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Verkauf nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Osterende 46, 2250 Husum

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

AUS VERGANGENEM DAS GEGENWÄRTIGE BEGREIFEN

Nur göttliche Allwissenheit könnte die Tülle der Erscheinungen ganz durchdringen, die ein Jahrtausend Geschichte bilden. In diesen tausend Jahren sind auf dem Boden jenes Raumes, den man jeweils als Deutschland bezeichnet, viele Milliarden Menschen ins Leben getreten und gestorben. Der kleinste Mensch aber mit seinen Sorgen, Hoffnungen, seinen Freuden und seiner Not war ein Stück deutscher Geschichte. Manchmal vermögen Verzweiflung und Seligkeit, Hoffnung und Traum der Deutschen die deutsche Geschichte sehr zu beeinflussen und manchmal wenig, manchmal nahezu gar nicht. Ein wenig Zustimmung seines Volkes und die Bejahung durch wenigstens einen Teil seines Volkes bedarf auch der größte Tyrann. Ohne Einfluß auf das Geschehen der deutschen Geschichte sind die Millionen nie, und wer kann es wissen, was sie gedacht und gefühlt haben! So viele deutsche Menschen sind gekommen und gegangen wie das Herz eines Historikers in einem Leben Schläge tun kann. Einige Milliarden Menschen, von denen man nicht einen einzigen ganz versteht! „Der Historiker muß alt werden“, meinte Ranke, und der Historiker brauchte doch ein ewiges Leben, um diese Ewigkeit der Geschichte durchdringen zu können.

Über diese Menschen herrschten oder schienen zu herrschen — gewaltig oder herrlich in glänzender Ohnmacht, führend oder getrieben — bis 1918 an die siebzig Kaiser, unzählige Könige, Herzoge, Fürsten, Kirchenfürsten, seit 1918 über zwanzig Regierungen, Parteiführer, Herrscher der Wirtschaft und Denker, Publizisten, Herren des Geistes und des Wortes, sie alle gestalteten zusammen deutsche Geschichte. Sie haben Bücher, Denkschriften, Briefe, Tagebücher, Akten und Schriftstücke hinterlassen: Aufeinander geschichtet würden sie zum Himmel reichen und sich im Blau des Firmaments verlieren.

Wer wagt da, eine deutsche Geschichte zu schreiben, mit seinem Eimer am Ozean der Quellen? ...

... Ein Teil der Geschichte bleibt immer unbeweisbar, und häufig der wichtigste Teil. Die meisten Historiker gehen von dem Grundsatz aus: Quod non est in actis, non est in mundo. (Was sich nicht in den Akten befindet, ist auch nicht in der Welt.) Aber die Geschichte wird zu einem großen Teil von den schweigenden Mächten gemacht, die nicht reden, nicht schreiben und keine Durchschläge hinterlassen ...

... Geschichte wird nicht so sehr erkannt, als erlebt. Es ist ein Wahn, daß man Geschichte von irgendwelcher Bedeutung „sine ira et studio“ schreiben könne. Wem nicht bei gewissen Augenblicken der deutschen Geschichte das Herz vor Zorn glüht, der ist nur noch ein Registrator ...

... Geschichte ist nicht das, was einmal geschehen ist, sondern das, was noch immer geschieht. Könnte man wahrhaft sagen, daß die deutsche Geschichte zu Ende ist, dann gäbe es sie überhaupt nicht mehr. Was nicht einmündet in den Strom des lebendigen Daseins, ist reine Mumie und Museumsstück. Geschichte ist unser Leben, wie es sich in den vergangenen Jahrhunderten entfaltet hat. Erlischt dieses Leben, dann gibt es sicher noch alle die Ereignisse, die in dieser [deutschen] Geschichte dar gestellt werden, aber sie gehören dann auch anderen Weltzusammenhängen an, der Geschichte dessen, in dessen Leben sie weiterschlagen.

MICHAEL FREUND im Vorwort zu seiner „Deutschen Geschichte“, erschienen im Bertelsmann Lexikon-Verlag

Indem wir uns geschichtlich vergleichen, erfassen wir unsere eigene Herkunft, das Ähnliche, sich Wiederholende, und dann auch das Einzigartige unserer eigenen Erfahrung.

GOLO MANN

Annäherung und Verständigung

Im Jahrbuch 1977 der Dansk-Tysk Selskab hat der Hofmarschall der dänischen Königin, Kammerherr Hans Sølvhøj, unter dem Titel „Wandlung“ die nachstehend wiedergegebenen Betrachtungen über die wechselvollen deutsch-dänischen Beziehungen veröffentlicht.

Ebenso wie die Zeit der Bernstorffs eine Umstellung dänischen außenpolitischen Denkens bedeutete, hat die konzentrierte Zeitspanne von 1949 bis heute für die Haltung Dänemarks zur internationalen Politik zu einer Änderung der Denkweise geführt: Eine eindeutige Orientierung nach Westen und Süden begann endgültig mit dem Beitritt Dänemarks zur atlantischen Gemeinschaft. Unser Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft war der nächste entscheidende Schritt. Energische, fast verzweifelte Versuche, eine nordische Verteidigungsunion bzw. eine nordische Wirtschaftsunion zu errichten, waren vorausgegangen, aber zuinnerst wußten wir alle, daß sie scheitern mußten. Der Skandinavismus als Grundlage der Haltung Dänemarks zu den Problemen Europas und der Welt ist einer Traumwelt zuzurechnen.

*

Die Bundesrepublik Deutschland ist der fremde Staat, der unvergleichlich für uns die größte Bedeutung hat. Der Verfasser dieser Zeilen war 1966/67 Minister ohne Geschäftsbereich mit außenpolitischen Aufgaben. Als er seinen Ministerpräsidenten fragte, ob ihm ein Rat mit auf den Weg gegeben werden solle, erhielt er nur diesen einen: „Wir müssen dafür sorgen, gute Beziehungen zu Westdeutschland und den USA zu haben.“ Das war alles. Und das war entscheidend.

Über den nordischen Gedanken als politischen Begriff kann man mit dem Dichter sagen: „Ideale sind gefährliche Dinge, Realitäten sind besser. Sie tun weh, aber sind besser“. Ja, sie tun weh. Beispielsweise wäre es irrig zu glauben, daß die Gemüter sich im Laufe weniger Jahrzehnte als Selbstverständlichkeit auf Freundschaft und Allianz mit dem westdeutschen Staat einstellen könnten. Mehr als ein Jahrhundert lang sind uns Vorstellungen von Deutschland als nationaler und politischer Feind eingepreßt worden, und es nimmt viel Zeit in Anspruch, bei uns selbst eine neue Mentalität zu schaffen.

Wer die Geschichte einbezieht, dem wird es leichter fallen, zu der erwünschten und notwendigen Wandlung beizutragen. Die Geschichte zeigt uns, daß Deutschland uns unwiderleglich mehr als jedes andere Land geprägt hat. Wir waren Deutschlands Tor zum Norden, aber den Strömungen, die zu uns kamen, gaben wir eine dänische Umformung. Der Demagoge mag in aller

Oberflächlichkeit von einer antideutschen Einstellung her, die oft Rückenwind gehabt hat, verallgemeinern. Er kann versuchen, einen Zusammenhang vom Deutschenhaß Saxos über den Grafen Gert und später Wallenstein bis Bismarck und Hitler zu erblicken. Aber gerade dies ist Demagogie. Es gibt keinen inneren Zusammenhang zwischen den genannten Beispielen. Der wohlbekannte Trick, Bismarck und Hitler nebeneinander zu stellen, beweist nichts als Unkenntnis. Gerade diese beiden waren unglaublich verschieden, nach Lebenshaltung und Zielsetzung. Wir werden sie stets beide als Feinde unseres Landes betrachten müssen. Aber während unsere Verachtung Hitlers berechtigt ist und Bestand haben wird, wird ein genaueres Studium Bismarcks als Person und Politiker uns unweigerlich einen gewissen Respekt abverlangen. Wie der sozialliberale Historiker Aage Friis es ausdrückte, haben wir keine Sympathie für Bismarck, dennoch aber ist er uns zugehörig.

*

Suchen wir eine Auffassung im Zusammenhang von unserem historischen Verhältnis zu Deutschland, kommen wir also zu einem anderen Ergebnis: Fast alle wesentlichen Kulturströmungen sind von unserem südlichen Nachbarn zu uns gekommen, und unsererseits haben wir von Zeit zu Zeit einen günstigen Einfluß auf die Verhältnisse in Norddeutschland ausgeübt, beispielsweise bei den großen Agrarreformen. Gemeinsam mit Deutschland haben wir das germanische Recht mit seiner Individualisierung im Gegensatz zum formalistischen römischen Recht. Gemeinsam mit Norddeutschland haben wir die evangelisch-lutherische Kirche, die bisher gegen alle Anschläge von links wie rechts standgehalten hat und die jetzt hier wie da gegen den gefährlichsten aller Feinde kämpft, die Gleichgültigkeit. Renaissance, Barock, Romantik — in der Malerei ebenso wie in der Musik und Literatur — sind in erster Linie von den Deutschen zu uns gekommen. Unser Beamtenbegriff in seiner idealen Form des loyalen, treuen, unpolitischen Staatsdieners ist aus Deutschland zu uns gelangt, noch dazu aus Preußen. Im Grunde krümmen wir uns dabei, aber so ist es. Mecklenburger und Hannoveraner waren daran beteiligt, eine effektive dänische Staatsverwaltung auszubauen und zu gestalten, zur Ablösung der Verwaltungsformen des Feudalsystems.

Die dänische Arbeiterbewegung hat den größten Teil ihrer Inspiration von den Deutschen bezogen. Marx, Engels, Bebel auf der theoretischen Ebene, die Gewerkschaftsbewegung auf der praktischen. Es ist ein interessantes Testimonium, daß dänische Arbeiterführer bis zu Hedtoft und H. C. Hansen ein ganz vertrautes Verhältnis zur deutschen Sprache hatten, während das Englische ihnen eher fremd war.

Die dänische Begeisterung für England und alles, was englisch ist, hat einen anderen Charakter. Eine Geistesprägung haben wir im großen und ganzen von dem Inselreich nicht erhalten. Die englische Genossenschaftsbewegung hat

Bedeutung für uns erlangt, und die Begeisterung Grundtvigs für die englischen Ansätze zur Demokratie hat eine Rolle gespielt, im übrigen aber hat die Anglophilie in Dänemark eher einen taktischen Charakter, hauptsächlich als eine Art von Gegengewicht, wenn wir Schwierigkeiten mit Deutschland hatten. In der praktischen Politik sind wir jetzt alle im selben Boot, aber zum tieferen Verständnis ist es notwendig zu wissen, daß deutsche Kultur und Tradition weit stärker auf uns eingewirkt haben als entsprechende Bewegungen in England.

*

Das neue westdeutsche Gemeinwesen und Dänemark haben in sehr hohem Maße gemeinsame Wertvorstellungen. Ein Bild vom Menschen, das auf der Begegnung von Christentum und humanistischer Ethik beruht. Und eine Gesellschaftsauffassung, die sich auf das Gleichgewicht zwischen Solidarität und individueller Freiheit stützt. Sofern wir nach und nach lernen, das Dritte Reich als „eine der gewaltigsten Unterbrechungen der geistigen Überlieferung durch den Ungeist“ (Oskar Hammelsbeck) zu verstehen, wird es uns auch leichter fallen, ein Echo in der Informationsarbeit zu finden, die notwendig ist, wenn die sich entwickelnde Annäherung und die wachsende Verständigung zwischen der Bundesrepublik und diesem Königreich auf breiter Ebene Zustimmung in der Bevölkerung finden soll. Es wäre zu optimistisch, zu glauben, daß diese Zustimmung schon vorhanden ist, aber ohne sie würden wir auf eine Neutralitäts- und Isolationspolitik zurückfallen, die uns auf lange Sicht unserer Selbständigkeit berauben würde.

„Daß die Weltgeschichte von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden müsse, darüber ist in unseren Tagen wohl kein Zweifel übriggeblieben. Eine solche Notwendigkeit entsteht aber nicht etwa daher, weil viel Geschehenes nachentdeckt worden, sondern weil neue Ansichten gegeben werden, weil der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene auf eine neue Weise überschauen und beurteilen läßt.“

GOETHE

SI J'ETAIS ROI

Sollte ich König sein:
Dann nur von Dänemark!
Residenz in Gravenstein
mit seinem See und Park.

Eine viertel Kompanie
genügte mir als Armee,
mir den Radau vom Hals zu halten,
Kratzfuß und Zugeflüster,
kurz alles, was beim Denken stört
und im Bewundern der Natur.

Ein einziger Soldat als Wache nur
im kleinen Schilderhaus,
die übrige tapfere Schar
mit pfiffigem Trara
zur stets bestaunten Wachablösung
und als heroisches Dekor
aus Frejas Heldensaal.

Wenn aber der kleine Zirkus käme
mit Seehund, Pony und klugem Clown,
den ließe ich mir nicht entgehn!
Pfeifeschmauchend säß ich
unter meinem Volk,
neben mir ein Broacker Mann:
der sollt' mir deftig Red' und Antwort stehn!

Auch eine Yacht ich gerne hätt',
unter den Düppeler Schanzen zu kreuzen,
wo der Ruhm doch den Besigten blieb.
Und winters führ' ich nach København,
dort nach dem Rechten und meinem Ballett zu schau.
Und mein Orchester zu dirigieren:
Übung für treffliches Regieren.

Wilhelm C. Hambach

Eine Reise in die Vergangenheit

zu den vergangenen festen Häusern der Bischöfe von Schleswig

Menschliche Gemeinschaft ohne Gespräch ist nicht möglich

Selbst der kleinste mitmenschliche Kreis ist ohne den Austausch des Gedachten oder auch nur Gesehenen als Gesellschaft im weitesten Sinne von vornherein lebensunfähig. Dabei ist das Hören wie das Reden, das Geben wie das Nehmen von gleicher Bedeutung. Es scheint banal, dieses zu sagen. Man wird aber bedenken müssen, daß in anderen geistigen Breiten gerade durch absolutes Schweigen geistiger Ruhm erworben wird, der in der Gegenwart noch in Asien und in der Vergangenheit auch bei uns in Klöstern den Schweigenden den jenseitigen Mächten näher bringen soll als denjenigen, der sich mitteilt.

Danach ist es nicht ganz selbstverständlich, wenn man sich zum Gespräch bekennt. Das Ziel eines jeden Gespräches wird es sein, daß man sich „versteht“, daß man zu einer gemeinsamen Meinung kommt. Es kann aber auch durchaus ein fruchtbares Gespräch in der Weise aufkommen, daß unterschiedliche Meinungen aufgezeigt werden, wonach jeder Gesprächspartner die eigene Meinung behält. Unter Vernünftigen ist dies nur dann schädlich, wenn der Meinungsaustausch zu einem Streitgespräch wird, wobei lediglich die eigene Ansicht für richtig gehalten und die andere verdammt wird. Die sachliche Darstellung durch das „klärende Wort“ wird dann unmöglich.

Aus allem erhellt, daß zur Schaffung und dann zur Förderung einer Gemeinschaft das Gespräch im Vordergrund stehen muß. Dieses gilt insbesondere dort, wo es die Möglichkeit gibt, Gruppen aus verschiedenen geistigen, politischen oder volklichen Lagern zum Gespräch zusammenzuführen.

Aus solchen Überlegungen entstand im Jahre 1949 die Flensburger Donnerstagsgesellschaft als loser Gesprächskreis mit Teilnehmern über die deutschdänische Grenze hinweg, wobei darauf geachtet wurde, daß insbesondere auch die Angehörigen der Minderheiten hüben und drüben an dem Gespräch beteiligt wurden. Die Fruchtbarkeit zeigt sich darin, daß dieser Kreis in sich wandelnder Zusammensetzung nun schon fast drei Jahrzehnte lang lebendig ist. Man kam aber schon bald zu der Erkenntnis, daß das Reden und Hören durch das Sehen und Hingewiesenwerden ergänzt werden kann. So werden jahrweise wechselnd nach Norden und Süden — jedoch bisher nicht über die Eider hinweg — Exkursionen durchgeführt, die sich jeweils auf einen Tag beschränken.

Zwischen Königsau und Eider sind Land und Leute durch die Jahrhunderte

geprägt worden, und zwar so, daß dieses Gebiet eine homogene Region darstellt, die sich unverwechselbar von anderen Räumen abhebt. Daran hat die Grenzziehung von 1920 mit der nachfolgenden starken Einwanderung aus dem Norden nach Nordschleswig ebenso wenig geändert wie im Landesteil Schleswig das Ausbränden der Völkerwanderung von 1945, obwohl dieser Vorgang zunächst eine grundlegende Veränderung von Land und Leuten herbeizuführen schien. Nur drei Jahrzehnte haben gezeigt, daß unsere Landschaft so stark ist, daß Hinzukommende alsbald hier heimisch und Teil der hiesigen Lebensweise werden. Was zu bemerken wäre, ist die Veränderung der südjütischen Mundart in Nordschleswig und ein Ansteigen des Lebenstempos in Südschleswig, obwohl hier sogar ganze Zuwanderergruppen sich zum Lebensstil des Nordens innerhalb der dänischen Minderheit zu bekennen bereit waren oder doch über dänischorientierte Vereinigungen einen Anhalt nach dort suchten und fanden. Insgesamt gesehen ist aber das Typische der Region erhalten geblieben.

Dieses nun wird bei den erwähnten Exkursionen aufgezeigt. Dabei ist sehr wohl bekannt, daß die Mühen des Alltags und der Zeitmangel, oft aber auch Unkenntnis landschaftlicher Besonderheiten viele, und zwar selbst heimatbewußte Schleswiger, nicht an die Stellen geführt hat, die sehenswert und erlebenswert sind.

So konnten im Laufe der Zeit die Ausgrabungen in Haithabu sowohl von Professor Jankuhn als auch bei einer späteren Gelegenheit von dem jetzigen Grabungsleiter Dr. Schietzel erläutert werden. Auf Alsen wurde durch einen Prokuristen der Betrieb Danfoss vorgeführt. Bei einer späteren Fahrt zeigte der Alsenforscher Robert Huhle Alsen aus historischer Sicht. Zugleich kam es dem Leiter darauf an, den Teilnehmern die herbe Lieblichkeit seiner Heimatinsel zu zeigen. Angefangen von Begräbnisstätten der Bronzezeit, führte er die Gesellschaft bis zu den Resten des Schlosses von Herzog Hans d. J. Eine andere Fahrt führte nach Nordfriesland, wo von dem frühen Schutz vor dem Wasser bis zur modernen Landgewinnung und Wasserwirtschaft die Probleme aus kundigem Mund erklärt wurden. Die Westküste wurde bei einer gesonderten Eiderstedtfahrt noch einmal aufgesucht. Dabei wurde aufgezeigt, wie zunächst der Mensch das Land veränderte und das Land dann als besondere Landschaft heranwuchs und seinerseits wiederum den dort wohnenden Menschen prägte, ihm einen eigenen Hausbau gab sowie Trachten und das gesonderte Recht. Den alten Heerweg (Ochsenweg) hinauf führte Dr. Gregersen bis in das Törningeln in Bereiche mit historischen Hintergründen, die selbst manchem Kundigen bis dahin nicht geläufig waren. Dann wiederum ging es nach Angeln, wo Professor Kamphausen die Besonderheiten der Kirchenbauweise aufzeigte. Landschaft und Geschichte wurden ergänzend aus anderem berufenen Mund erläutert. Eine weitere Fahrt nach Angeln zeigte unter Führung von Dr. v. Ruhmor einige der bekanntesten Herrenhäuser, die dem Einzeltouristen sonst nicht erschlossen werden. Eine derartige Fahrt zeigte unter Führung des Lehnsgrafen Schack die Schackenburg bei Mögeltöndem sowie die Erklärungen des unvergessenen Poul Kürstein zu der Umgebung mit Gallehus und der Trojburg.

Die festen Häuser der Bischöfe von Schleswig

Dem Ausflug in diesem Jahr war ein Vortrag des Verfassers im Winter 1974-75 über die festen Häuser der Bischöfe von Schleswig vorangegangen. In diesem war ausgeführt worden, daß die kirchlichen Würdenträger in einer Zeit der Begründung und Festigung der kirchlichen Einrichtungen insbesondere angesichts der Slawengefahr zur Sicherung ihrer Institution ein festes Haus, also eine Burg benötigten.

Zwar war bereits Ansgar in der Mitte des 9. Jahrhunderts Erzbischof von Hamburg und nach Auftreten von Schwierigkeiten Erzbischof von Bremen gewesen. Für Schleswig aber ist erst seit 947 ein Bischof bezeugt. In jener Zeit des frühen Christentums hiezulande gab es für die kirchlichen Würdenträger noch keine weltlich fürstlichen Ambitionen. Bei gewaltsamer Ablehnung des Christentums wurden die Priester ermordet, oder aber sie flüchteten. Widerstand und Sichzurwehrsetzen sind Begriffe späterer Zeit. Dies begann wahrscheinlich im Anfang des 12. Jahrhunderts, als Bischof Gunnar einige Kilometer nördlich von Schleswig in der Nähe des alten Heerweges eine Burg anlegte.

Tatsächlich aber fiel in diese Zeit ein Ereignis, das sehr viel weitergehende Folgen hatte, nämlich die Errichtung des Erzbistums in Lund im Jahre 1104. Hierdurch hatte der europäische Norden begonnen, sich kulturell auf sich selber zu besinnen. Die Loslösung von Bremen mit der Unterstellung unter einen Erzbischof, der seinen Sitz nun nicht mehr im Bereich des Heiligen Römischen Reiches hatte, bedeutete einen ungemeinen Erfolg, nachdem bereits der erste salische Kaiser, Konrad II., etwa 80 Jahre vorher das Land zwischen Eider und Schlei an Knud den Großen abgetreten hatte und damit das spätere Herzogtum Schleswig mit dem Bistum gleichen Namens unter die Oberhoheit von Lund gelangte. Man stellte seitdem im Norden etwas dar. Bis kurze Zeit davor, etwa bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts, war der Norden durch die Wikingerzüge ausschließlich schreckenauslösend aufgetreten. Darüber, daß man hier darangehen könnte, eine eigene Kultur, einen eigenen Kulturkreis aufzubauen, war im weiteren Abendland bis dahin nichts bekannt gewesen. So wird man aus dem Sichselbstfinden des Nordens den Zeitpunkt erklären müssen, in dem der Bischof von Schleswig daran dachte, sich ein festes Haus, eine Burg zu bauen. Die Zusammenhänge in der Entwicklung einer eigenen geistlichen und auch geistigen Haltung zielen direkt darauf hin, daß der Bischof von Schleswig sich wie seine Amtsbrüder im Süden als jemand darstellen wollte, vor dem auch die Mächtigen der irdischen Gewalt Respekt haben sollten. Hierzu aber gehörte ein festes Haus als Statussymbol. Es ist nicht zu erkennen, daß die Bischöfe sogleich auch militärische Ambitionen gehabt hätten, indem sie ihren Aufenthalt schützten. Dennoch beginnt bereits mit der Auswahl des ersten Burgplatzes der Versuch, sich an einem Ort festzusetzen, von dem aus wichtige Wege gesperrt werden konnten, wenn es sich als notwendig

oder nützlich erweisen sollte, wobei alleine die Möglichkeit einer solchen Sperrung für die weltlichen Gewalten schon störend wirken mußte.

Die Burg des Bischofs lag in unmittelbarer Nähe des heutigen Gutes Falkenberg wasser- und moorgeschützt in der Nachbarschaft des Schlachtfeldes von Lürschau, wo nicht lange Zeit vor dem Burgbau der Norweger König Magnus die Slawen vernichtend geschlagen hatte. In unmittelbarer Nähe lag aber auch der Heerweg, der seinerseits auf das einzige damals im Danewerk vorhandene Tor, das Vilgelsdor oder Kalegatt, zusteuerte. Wer den Landweg mit mehr als einigen Personen oder gar Fahrzeugen benutzen wollte, war daher darauf angewiesen, an dieser Stelle vorüberzuziehen. Der Platz war mithin strategisch von großer Bedeutung, zumal, wenn man hört, daß wegen der vielen Seeräuber der Landweg gegenüber dem Seeweg als sicherer galt.

Bei der Planung und Ausführung des Burgbaues schloß man sich dem an, was gerade um jene Zeit in den Gegenden entwickelt wurde, die steter Gefährdung durch Überfälle ausgesetzt waren. Es wurde die Form der Turmburg mit einer besonderen Vorburg gewählt, wobei die Vorburg wahrscheinlich die Wirtschaftsgebäude sowie die Wohnungen für die Mannschaft umfaßte. Auf deutschem Boden findet sich dieser Burgentyp, Motte genannt, besonders häufig in der Niederrheingegend, wo auch zuerst derartige Anlagen mit archäologischen Mitteln gesichert werden konnten.

Die vom Bischof aufgeführte Burg (Motte) hatte eine beachtliche Größe. Eine natürliche Moränenkuppe, wie man sie bei dem Übergang vom östlichen Hügelland hin zur Geest findet, wurde geschickt durch Erhöhung und Abgrabung ausgenutzt. Noch jetzt handelt es sich um einen auffallend großen Buckel in der Wald- und Wiesenlandschaft. Die Hauptburg hatte eine Höhe von 6 m bei einer Länge von 57 m und Breite von 38 m. Hinzu trat noch die Vorburg mit 30 mal 40 m.

Insgesamt findet man also heute noch eine beachtliche Anlage. Für den Betrachter tritt hinzu, daß kaum je ein Mensch sich nach dort verirrt. Bewuchs und auch in der Stille der Einsamkeit das Getier scheinen urtümlich, romantisch und märchenhaft. Bei einem einsamen Spaziergang kommen dort der Naturfreund wie der Historiker in gleicher Weise auf ihre Kosten.

Es liegt auf der Hand, daß die weltliche Macht die Möglichkeit der Sperrung des Heerweges auf Dauer nicht hinnehmen konnte. Ein äußerer Anlaß für die Beseitigung fand sich in den Wirren, die das Schisma in Rom nach dem Tode des Papstes Hadrian IV. (1154—1159) auslöste. Die Streitigkeiten, an welchen Kaiser Friedrich Barbarossa und auch König Waldemar I. beteiligt waren, führten im Raum des neuen Erzbistums Lund ebenfalls zu einem Schisma, bei dem Niels Rasson als Statthalter des dänischen Königs im Jahre 1161 die bischöfliche Burg offenbar im Handstreich nahm. Jedenfalls wurde sie auf einen Schlag zerstört.

Damit war für die Zukunft ein Einfluß des Bischofs auf den bedeutenden Heerweg zum mindesten an dieser Stelle ausgeschlossen. Er selber floh nach Deutschland. So ist damit das Ende der Burg und zugleich des ersten festen Hauses des Bischofs von Schleswig fixiert.

Der Bischof von Schleswig blieb nicht lange ohne Burg. Zu einem Zeitpunkt, der wiederum nicht festgelegt werden kann, erbaute der Bischof Occo auf einer Insel im innersten Winkel der Schlei ein neues festes Haus, das im Gegensatz zu dem zerstörten Gottorp maior (Großgottorp), jetzt Gottorp minor (Kleingottorp) hieß. Es handelte sich um den Erstbau des heutigen Schlosses Gottorf. Erstaunlich erscheint bei der Wahl des Platzes, daß der Bischof mit Gottorp minor nun sozusagen an einem Wegekreuz seine Burg erbaute. Denn zum einen lag der Heerweg wieder in allernächster Nähe und zum anderen hatte der Querweg durch Eider-Treene über Hollingstedt nach früher Haithabu, jetzt Schleswig, noch nicht jede Bedeutung verloren. Hinzu kam auch hier wieder die Nähe des einzigen Tores im Danewerk, das jedermann zu passieren hatte, der die Cimbrische Halbinsel von Nord nach Süd oder umgekehrt bereisen wollte, sei es ein Kaufmannzug oder eine Delegation zum Kaiser oder zum Papst oder sei es eine Schar von Pilgern in das Heilige Land. Zwar saß der Herzog in unmittelbarer Nähe inmitten der Schlei auf der Jürgensburg (Möveninsel). Er hatte aber aus der politischen Situation heraus sein Auge oft mehr auf den König von Dänemark zu richten, von dem er seine Rechte geschmälert fühlte, als auf den nahen Transitverkehr. Tatsächlich stärkte sich die königliche Macht in jener Zeit auffallend. Das zeigt die Wiederherstellung des Danewerks in der heute noch erhaltenen Waldemarsmauer. Der Bischof aber blieb in seiner unabhängigen Stellung stets derjenige, der den Augenblick dann wahrnehmen konnte, wenn er es wollte. Hinzu kam, daß seit Bischof Waldemar, einem Sohn König Knuds, das Amt des Bischofs dem eines „Reichsfürsten“ glich, was seitdem so blieb. Er war also bei vergleichender Anwendung deutscher Verfassungsgeschichte Lehnsträger der dänischen Krone (1187).

Bei dieser Situation mußte dem Herzog die Burg im innersten Winkel der Schlei ein Dorn im Auge sein. Wie bei Altgottorp (Gottorp maior) war es für ihn ein Gebot der politischen Notwendigkeit, die Bischofsburg (Gottorp minor) entweder in seinen Besitz zu bringen oder aber sie zu zerstören. Eine Möglichkeit hierfür ergaben letztlich wieder politische Wirren, die der Mord an König Erich mit den nachfolgenden Ansprüchen aus Abels Geschlecht auslösten.

Bischof Nicolaus II. schlug sich auf die Seite Erich Glippings und seiner Mutter, der „Schwarzen Margret“. In der Schlacht auf der Loheide gegen Herzog Erich und seine Mutter Mechthild aus schauenburgischem Hause geriet er 1261 in Gefangenschaft, die ihn ein Jahr lang festhielt. Nach der Freilassung bewog der Herzog den Bischof zur Hergabe seines festen Hauses im Tauschwege.

Es ist mehr als erstaunlich, daß es dem Bischofstuhl gelang, wiederum einen Platz zu bekommen, von dem aus ein wichtiger Weg kontrolliert werden konnte. Einmal handelt es sich erneut um die Querverbindung Eider-Treene-Hollingstedt-Schlei, an welcher der Bischof auf dem neuen Platz in Schwabstedt direkt seine Burg bauen durfte. Hierbei muß noch beachtet werden, daß sich unter den eingetauschten Gütern u. a. auch die Burg Stubbe an der Schlei, nicht weit von Schleimünde gelegen, befand. Damit waren sozusagen fast Anfang und Ende des Weges in bischöflicher Hand. Von ebenso großer Bedeutung aber wird der Weg von den Dreilanden, dem späteren Eiderstedt, über den Milder Damm nach Osten gewesen sein. Dieser Weg ist bisher nicht lokalisiert. Etwas westlich von Schwabstedt aber lag die Mildeburg, die Saxo Grammaticus als Gegenstand kriegerischer Vorgänge schildert. Auch ist dort in der Nähe der Bach Milde zu suchen, der durch geologische Veränderungen anlässlich der großen Fluten verschwunden ist. Schließlich aber ist durch einen historischen Bericht belegt, daß König Abel nach der verlorenen Schlacht gegen die Friesen bei Oldensworth über den Milder Damm nach Osten floh, wo er erschlagen wurde. König Abel wählte bei seiner Flucht gewiß den kürzesten und zugleich besten Weg nach Osten. Wenn er dabei den Milder Damm benutzte, so wird dieser mit Sicherheit die beste Verbindung nach Osten und damit zu den Städten der Ostseeküste, Flensburg und Schleswig, gewesen sein.

Der Platz Schwabstedt war also in jeder Hinsicht für den Bischof ein günstiges Entgelt für das hergegebene Gottorp minor, zudem noch Ländereien und Birkgerechtigkeiten hinzutraten. Auch bekam der Bischof das Recht, bei *Treia* einen Zoll zu erheben. Um eventuell unwillige Zahler besser beeindrucken zu können, errichtete er dort zu einem Zeitpunkt, der noch nicht gesichert ist, eine Burg. In *Schwabstedt* wurde am Treeneufer auf einer Warft eine Burg errichtet, welche die Form der Motte verließ und einen späteren Burgentyp zeigt, bei dem eine gesonderte Vorburg nicht vonnöten war. Dieses kann damit erklärt werden, daß der Ort in die Anlage einbezogen wurde und so gleichsam als Platz für das Gesinde, Vorrathshäuser und dergleichen benutzt wurde. Hierfür spricht ein Siegel, das im Anfang des 14. Jahrhunderts die Umschrift trägt „Sigillum civium in Swavestath“. Es bezieht sich auf „Bürger“, mithin auf Menschen, die etwas mit der Burg zu tun haben oder aber in einer Stadt leben.

In der Gemeindegkirche von Schwabstedt konnte an Hand der vorhandenen Einrichtung der Übergang vom Bischofssitz zum Amt Schwabstedt aufgezeigt werden. Dabei fielen insbesondere ins Auge die von Herzog Ulrich, Fürstbischof und Bruder Christians IV., gestifteten Gegenstände. Es wurde dort auch des bedeutenden Barockkomponisten Nicolaus Bruns gedacht, der in Schwabstedt geboren wurde.

Den Abschluß der Reise in die Vergangenheit gab als Stormkenner Dr.

Johannsen. Angesichts der Treene, des Hügels der Bischofsburg und des Platzes, auf dem Schwabstedthof gestanden hat, in dem die Novelle „Renate“ zum Teil spielt, ließ er Storm als Menschen lebendig werden, der sich schon als Junge oft in Schwabstedt aufgehalten hatte, wo er als Landvogt und Richter tätig wurde.

*

Währenddessen füllte sich die Treeneniederung mit Nebel. Zunächst ließ er an dem warmen Mitsommerabend von dem weidenden Vieh nur die Rücken sehen. Später schauten selbst von den in der Marsch liegenden Höfen nur noch die Baumkronen heraus. Wind wagte sich nicht an dieses schöne Bild, das die helle Nacht lange erhielt. Ungern nahm man Abschied vom Silberband der Treene.

Der Vertrag von Ripen und seine historische Bedeutung (2)

Ein historischer Rückblick zeigt, daß 1460 mit dem Vertrag von Ripen eine Verbindung geknüpft worden ist, die für vierhundert Jahre Bestand gehabt hat und so weitgehend die Schicksale Schleswig-Holsteins bestimmt hat. Als Bindeglied zwischen dem nordeuropäischen und dem kontinentaleuropäischen Raum geriet es unter den politischen Einfluß des dänischen Staates, der damals auch Norwegen und Teile Schwedens umfaßte.

Das folgende Kapitel soll einige Momente aus der Geschichte dieser vierhundert Jahre herausgreifen, die die Sonderstellung Schleswig-Holsteins gegenüber dem übrigen deutschen Raum verdeutlichen werden.

Die Auswirkungen der Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein

Wir werden uns davor hüten müssen, die Ereignisse des Jahres 1460 als alleinige Ursache der Sonderentwicklung Schleswig-Holsteins zu sehen. Ripen bedeutete für das deutsch-dänische Verhältnis und für die Zukunft Schleswig-Holsteins eine grundlegende Entscheidung, gewiß — es war der Beginn einer mehr als vierhundertjährigen Periode, in der die Geschicke unseres Landes eng mit den dänischen verbunden waren. Aber es hat in der Folgezeit genügend Augenblicke gegeben, die eine erneute Trennung zu ermöglichen schienen. Eine Fülle von Entscheidungen, Einflüssen und Zufällen haben zusammengewirkt, um das Jahr 1460 zu dem Epochenjahr zu machen, als das es uns heute erscheint. Einige Momente aus dieser vielgestaltigen Entwicklung greifen wir heraus: 1466 wurde der Ripener Vertrag durch einen Friedens- und Freundschaftsbund zwischen dem Reichsrat von Dänemark und dem Landesrat von Schleswig und Holstein ergänzt. 1533 wurde das Zusammengehen von Schleswig-Holstein und Dänemark noch einmal bekräftigt durch den Abschluß eines „pactum unionis et consultationis“, eines Beistands- und Konsultativpaktes, der eine Reihe gegenseitiger Verpflichtungen, so unter bestimmten Bedingungen auch die zu gemeinsamer Außenpolitik enthielt.

Diese eine Entwicklungslinie wird durchkreuzt von einer zweiten, die die Einheit der Herzogtümer (die Grafschaften Holstein und Stormarn waren 1474 zu einem Herzogtum Holstein vereinigt worden) zu gefährden droht und das freundschaftliche Verhältnis zu Dänemark ständig neuen Spannungen aussetzt.

Die schleswig-holsteinischen Stände konnten es nicht verhindern, daß 1490 das Land unter die beiden Söhne Christians I. aufgeteilt wurde und von diesem Zeitpunkt an in den Gortorper und den Segeberger (den königlichen) Anteil zerfiel. Doch blieben die landständischen Steuern und der Landesrat gemeinsam. Ähnliche Teilungen wiederholten sich, so in den Jahren 1544, 1564, 1581.

Der schleswig-holsteinische Ständestaat des 15. und 16. Jahrhunderts ist geprägt durch das Spannungsverhältnis zwischen Fürst und Ständen. In dem lebendigen Miteinander dieser beiden Gewalten, von der keine die Existenz der anderen ignorieren konnte, formt sich das Bild zweier Jahrhunderte. Dieses Spannungsgefüge einer dualistischen Ordnung kennt die Gegensätze von Wahlrecht und Erbrecht als schärfsten Ausdruck der widerstreitenden Interessen. Diesem Gegensatz entsprechen die beiden oben aufgezeigten Entwicklungslinien. Das Wahlrecht der Stände, das in Ripen wirksam wurde, hat sich auf die Dauer gegenüber dem fürstlichen Erbrecht nicht durchsetzen können. Zu einer Wiederholung des revolutionären Aktes von Ripen, wo die Stände Holsteins und Schlesiwijs den neuen Herrscher gewählt hatten, ist es nicht gekommen.

Auf der anderen Seite gelang es den Fürsten nicht, die Erbteilungen auf schleswig-holsteinischem Boden, die auf der damals in ganz Europa herrschenden Auffassung vom privatrechtlichen Charakter des väterlichen Erbgutes beruhten, so weit zu konsolidieren, daß auf dem Boden der Herzogtümer neue Staatsgebilde entstanden wären. Der Gedanke der Einheit beider Länder, vertreten durch die Stände, blieb auch in der Folgezeit lebendig und politisch wirksam. Erst während des 17. Jahrhunderts vermochte sich die gesteigerte Macht der Fürsten gegenüber den Ständen nachdrücklicher durchzusetzen. In Dänemark wurde der König 1665 zum „absoluten, souveränen Erbherrn“¹ erklärt. Die Ständeherrschaft wurde durch den königlichen Absolutismus abgelöst. Das Jahr 1665 ist der Endpunkt einer langen Entwicklung, die sich überall in Europa aufzeigen läßt und die in ihren Auswirkungen auch in Schleswig-Holstein sichtbar wird. Herzog Friedrich III. von Holstein-Gottorp ist der erste seines Hauses, der 1616 seinem Vater Johann Adolf auf dem Thron folgt, ohne daß dieser Regierungswechsel durch die Wahl der Stände bestätigt wird.

Dem gesteigerten Machtstreben der Gortorper Herzoge entsprach der Wunsch, die volle Souveränität über die von ihnen beherrschten Gebiete zu erlangen und die Lehnsoberhoheit des dänischen Königs abzuschütteln. In diesem Wunsche stützten sie sich auf die militärische und politische Hilfe des schwedischen Staates. Das gesamte 17. Jahrhundert ist erfüllt von kriegerischen Auseinandersetzungen im nord- und mitteleuropäischen Raum, in den immer wieder der königlich-dänische und herzoglich-gortorpische Gegensatz sichtbar wird, so im Dreißigjährigen Krieg, in den Kriegen des Schwedenkönigs Karl X. Gustav, in den Kriegen Ludwig XIV. und im Nordischen Krieg. „Für die innere

Entwicklung der Herzogtümer war dieses Jahrhundert des Kriegsgeschehens eine Zeit unaufhaltsamen Niedergangs, in der nicht nur unersetzliche wirtschaftliche und kulturelle Werte, sondern auch die blühenden Handelsbeziehungen des Landes zerstört wurden.“²

Der Zusammenbruch der schwedischen Großmachtpolitik im Nordischen Krieg und der mit diesem Geschehen in enger Verbindung stehende Verlust der gottorpschen Besitzungen in Schleswig (seit 1720 mit den königlich-dänischen Besitzungen vereinigt) leitete über zu einer neuen Phase innerhalb der so vielgestaltigen deutsch-dänischen Beziehungen, die in der Geschichtswissenschaft gewöhnlich unter der Überschrift „Schleswig-Holstein und der dänische Gesamtstaat“ erfaßt werden. Zwar sollte die Gottorper Frage bis 1770 nicht aus dem Gesichtskreis der europäischen Kabinette verschwinden, und es bedurfte der Klugheit und dem Geschick zweier Staatsmänner von dem Format eines Caspar von Saldern und eines Johann H. E. Bernstorff, um die Ansprüche Rußlands auf die gottorpschen Besitzungen in Holstein zugunsten der dänischen Wünsche und Vorstellungen zu regeln. 1773 verzichtete der Zar Paul auf alle Ansprüche seines Hauses auf den Gottorper Anteil von Schleswig und von Holstein. „Der territoriale Ausbau des dänischen Gesamtstaates war damit abgeschlossen“.³ Diese Entwicklung entsprach dem Streben des absolutistischen Staates nach Vereinheitlichung und Vereinfachung. Das dualistische System des Ständestaates der vergangenen Jahrhunderte war endgültig abgelöst, und der Staat ging jetzt dazu über, Staatsverwaltung, Heerwesen und Finanzwesen nach rationalen, im Denken der Aufklärung verwurzelten Gesichtspunkten zu reformieren. Der Staat trat in allen Lebensbereichen als ordnende und reglementierende Macht in Erscheinung. Es ist sicherlich kein Zufall, daß in einem Augenblick, in dem die völlige staatliche Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, in dem eine solche Verschmelzung zum Ziel der dänischen Politik gemacht werden konnte, sich gleichzeitig auch die Anfänge der Bewegung aufzeigen lassen, die Schleswig-Holstein später in einen deutschen Staatsverband zurückkehren lassen sollten.

Die Bedeutung des Ripener Vertrages

im deutsch-dänischen Nationalitätenkampf des 19. Jahrhunderts

1773 wurde in der Verwaltung des Gesamtstaates — mit der Ausnahme Schleswig-Holsteins — die dänische Verwaltungssprache und im gesamten Heer die dänische Kommandosprache eingeführt. 1776 folgte das Indigenatsgesetz, das für die Bekleidung von Staatsämtern die Herkunft aus dem dänischen Gesamtstaat zur Voraussetzung machte. Damit unterband man die Tätigkeit von Ausländern, besonders von Deutschen südlich der Elbe, im Dienste des dänischen Staates. Es war der Auftakt einer Entwicklung, die die schlummernden nationalen

Gegensätze innerhalb des Gesamtstaates wachrufen sollten. Wirtschaftlich wirkte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die enge Verbindung Schleswig-Holsteins mit Dänemark außerordentlich günstig aus. Unter dänischer Flagge segelten Flensburger Handelsschiffe auf allen Weltmeeren. Schleswig-Holsteins Westküste bis hinunter nach Glückstadt wurde zu einem bedeutenden Zentrum des Walfangs in den nördlichen Gewässern. Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges blühte der westindische Handel unter der neutralen dänischen Flagge. Die zahlreichen Herrenhäuser und repräsentativen Bürgerhäuser mit ihrer kostbaren Ausstattung, die in diesen Jahrzehnten entstanden, zeugen noch heute von dem Reichtum dieser Zeit.

Die Französische Revolution sah die Geburt des modernen Nationalstaates. Volk und Staat traten in ein neues Verhältnis zueinander. Die Napoleonischen Kriege schwemmen das neue revolutionäre Staatsdenken und seine Auswirkungen über ganz Europa. In den Herzogtümern begann unter dem Eindruck der Befreiungskriege ein deutsches Nationalgefühl zu erwachen, das seinen ersten Ausdruck in den Kreisen der schleswig-holsteinischen Ritterschaft und an der Universität Kiel fand. Es führte zu weit, die Entstehungsgeschichte bis in ihre Einzelheiten, die teilweise noch umstritten sind, zu verfolgen. Wichtig ist, daß die zeitgenössische Publizistik sich mit großer Leidenschaft der Ergebnisse der historischen Forschung bemächtigte, die eben damals, in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, eine erste Blütezeit erlebte. Man versuchte, mit dem Wissen um eine vergangene Zeit verschüttete und vergessene Formen und Institutionen des Ständestaates wieder zu neuem Leben zu erwecken. Der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann veröffentlichte als erster Forschungen über das Vertragswerk von Ripen und machte die breite Öffentlichkeit auf diese Weise mit den Ereignissen des Jahres 1460 bekannt. In der bekannten „Unmittelbaren Vorstellung“ vom 8. Oktober 1816, einer Eingabe an den dänischen König, die Dahlmann im Namen der schleswig-holsteinischen Ritterschaft verfaßt hatte, verfocht er die „Erhaltung und Wirkung der gemeinsamen Verfassung und uralten Verbindung der Herzogtümer“ und stellte den Ripener Vertrag in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.⁴

Zu diesem Zeitpunkt ging es den schleswig-holsteinischen Patrioten noch um eine „den Zeitumständen angemessene“ Erneuerung der Landesrechte und eine für beide Teile gültige Verfassung, auf die Holstein als Teil des deutschen Bundes Anspruch erheben konnte. Doch war man in Kopenhagen nicht bereit, solchen Forderungen nachzukommen. Eine Verschärfung der Gegensätze brachte das Jahr 1830. Die französische Julirevolution weckte liberale und demokratische Kräfte in ganz Europa. In diesem Jahr veröffentlichte Uwe Jens Lornsen seine Schrift „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“. Auf dem Boden eines ausgeprägten deutschen Nationalgefühls wandte er sich in scharfen Worten

gegen die Danisierungsbestrebungen der königlichen Regierung und forderte erneut eine einheitliche Verfassung für beide Teile Schleswig-Holsteins. In diese Jahre fallen die ersten Forderungen, die darauf abzielen, Schleswig-Holstein in irgendeiner Form in einen zukünftigen deutschen Staatsverband einzugliedern. Auf Volks- und Sängereisen prägte sich dies neue deutsche Nationalgefühl in der Öffentlichkeit. „Up ewig ungedeelt“ wurde in dieser Zeit zum Schlagwort einer umfassenden und tiefgreifenden Bewegung.⁵ Der Ripener Vertrag gewann auf diese Weise noch einmal eine höchst bedeutsame und in seiner Tragweite kaum zu überschätzende Wirkung — einprägsamer Ausdruck eines jahrhundertlangen Kampfes um die kulturelle und politische Einheit Schleswig und Holsteins, der einen letzten Höhepunkt in dem Befreiungskampf der Jahre 1848-50 fand.

Ein vergangenes historisches Kapitel

Wir sehen, ein wie widerspruchsvolles Echo die Vorgänge von Ripen bei den Zeitgenossen gefunden haben. Dieser Meinungsstreit ist selbst heute in der Geschichtsschreibung nicht verstummt.

Ähnlich wie aus dem großen deutschen Sprachraum im Mittelalter andere Landschaften herausgewachsen sind — so Flandern, die Niederlande, die deutschsprachige Schweiz — ähnlich hätte sich auch an der nördlichen Grenze Deutschlands ein solcher Abbröcklungsprozeß vollziehen können. Vielleicht bildete die Eider heute eine Staatsgrenze, wenn man 1460 die Trennung Holsteins von Schleswig vollzogen hätte.

Zwei für Deutschland verlorene Kriege haben noch einmal erneut die Frage der deutsch-dänischen Grenze aufgebracht. 1920 wurde Nordschleswig nach einer Volksabstimmung dänisch. Der Versuch, nach 1945 eine erneute Revision der Grenze zu dänischen Gunsten zu erreichen, scheiterte. Heute darf man hoffen, daß diese Streitfrage endgültig in einem gutnachbarlichen und freundschaftlichen Verhältnisse gelöst ist. Die Tatsache, daß dieses Jahrhundert es fertiggebracht hat, Millionen von Menschen umzusiedeln, aus ihrer Heimat zu vertreiben und zu entwurzeln, hat die Maßstäbe für die Beurteilung der deutschdänischen Grenzfrage verändert und den Weg frei gemacht für eine verständige, leidenschaftslose wechselseitige Grenzlandpolitik. Der Vertrag von Ripen ist heute nur noch historische Reminiszenz, ein vergangenes Kapitel der schleswig-holsteinischen und nordischen Geschichte, dessen Bedeutung für unsere Gegenwart darum doch nicht gering geachtet werden darf.

1 O. Brandt, Geschichte ..., S. 163

2 O. Brandt, Geschichte ..., S. 153

3 O. Brandt, Geschichte ..., S. 168

4 O. Brandt, Geschichte ..., a. a. O., S. 189

5 Der Apenrader Arzt A. W. Neuber gab dem Worte diese einprägsame Fassung. — In der

Ripener Urkunde heißt es bekanntlich: „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“.

Sozialdemokratie und Schleswig-Holstein-Frage 1864-66

Wilhelm Liebknechts unbekannte Leitartikel in der „Osnabrücker Zeitung“

Das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Staat und Nation, zu Nationalität und Internationalismus ist sowohl von allgemein politischem als auch von regional historischem Interesse. Es läßt sich exemplarisch an der Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage studieren. Bislang existiert freilich keine umfassende Untersuchung oder Darstellung, die dieses Problem von seinen Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein zufriedenstellend behandelt. Die Grenzfriedenshefte haben immer wieder versucht, Bausteine zu einer solchen Arbeit beizutragen.

Mit der folgenden Studie kann ein bislang unbekanntes Kapitel aufgehellert und im allgemeineren historisch-politischen Zusammenhang interpretiert werden. Dem hier abgedruckten ersten Teil folgen im Dezemberheft Ausführungen über die Haltung der äußeren Mächte (Dänemark, England, Frankreich, Italien, Rußland), über den Primat der Innenpolitik, den Sechsenddreißiger-Ausschuß, das Verhältnis zu Preußen und Österreich, über den Gasteiner Vertrag sowie über die Erfordernisse einer freiheitlichen sozialistischen Massenpartei bis hin zu aktuellen Aspekten der historischen Fragestellung.

Zur Person Wilhelm Liebknechts

Die deutsche Geschichte kennt Wilhelm Liebknecht (1826—1900) neben August Bebel als Gründer der sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung. Sie erinnert ihn als 48er Revolutionär und legendären Freischärler des Badischen Aufstandes von 1849. Die biographische Literatur respektiert ihn als „Soldaten der Revolution“, obwohl er als führender Parlamentarier im Deutschen Reichstag wirksamer hervortrat und eher ein rhetorisch mitreißender Agitator als ein bewaffneter Barrikadenkämpfer genannt werden darf. Viele schätzen ihn als geistigen Vater der deutschen Arbeiterbildung, insbesondere als Autor des weitverbreiteten „Volksfremdwörterbuchs“¹ und einer Flugschrift mit dem einprägsamen Titel: „Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.“² Manche fürchten ihn als leiblichen Vater jenes Karl Liebknecht, der nicht nur die Arbeiterjugendbewegung, sondern auch den Spartakusbund gründen half.³

Wilhelm Liebknechts Beziehung zu Schleswig-Holstein

Nahezu unbekannt blieb Liebknecht bislang als Kommentator der schleswig-holsteinischen Frage und des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864. Seine zahlreichen Leitartikel in der Osnabrücker Zeitung, die nur durch ein „L.“

gekennzeichnet waren, wurden früher dem Verleger, Alexander Liesecke, zugeschrieben. Inzwischen hat Georg Eckert diese innen-, außen- und weltpolitischen Betrachtungen als originäre Beiträge Wilhelm Liebknechts identifiziert und in gesammelter Form herausgegeben.⁴

Mit über dreihundert Leitartikeln aus gut zwei Jahren bildet diese Sammlung jetzt eine der umfangreichsten und interessantesten Quellen über die Anfänge außenpolitischen Denkens in der deutschen Sozialdemokratie zwischen der Revolution 1848 und der Reichsgründung 1871. Liebknecht darf nach dieser Herausgabe seiner Leitartikel nicht mehr als „Bummelschreiber“ betrachtet werden.⁵ Vielmehr erscheint der säumige Briefschreiber nun als fleißiger und aufmerksamer Leitartikler, der in Ermangelung einer eigenen Zeitung gezwungen war, vielfach anonym und von fremder Hand redigiert, fast täglich eine frische Kolumne zu schreiben und zu veröffentlichen — schon allein, um durch Zeilenhonorar den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen.

Trotz so widriger Produktionsbedingungen erscheinen die Leitartikel als recht selbständige Auseinandersetzungen mit den aktuellen Themen seiner Zeit. Sie ergänzen die schon länger bekannten und eingehend interpretierten Äußerungen von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle⁶ zur schleswig-holsteinischen Frage durch eine eigenwillige Version, die stärker großdeutsche und liberal-fortschrittliche Züge trägt.

Tragen wir nach den Gründen, weshalb ausgerechnet Wilhelm Liebknecht sich so intensiv mit der schleswig-holsteinischen Frage befaßte, dann sind allgemein politische und spezifisch persönliche Motive zu nennen. Liebknecht engagierte sich stets dort besonders leidenschaftlich, wo Freiheitsbewegung, soziale Emanzipation und nationales Einheitsstreben zusammentrafen. Später erklärte er, vor dem Leipziger Schwurgericht wegen Hochverrats angeklagt: „Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel *habe* ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel *werde* ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht! —“⁷

Im Zusammenhang dieses allgemeinen Bekenntnisses war die schleswig-holsteinische Frage für Liebknecht ein Mittel, sowohl das „freie und einige Deutschland“ anzustreben, als auch ein Hebel, um die soziale Revolution zu fördern. Dabei setzte er die nationale Frage deutlich vor die soziale, freilich nicht alternativ, sondern um ebenso konsequent die soziale Umwälzung auf die angestrebte staatliche Einheit folgen zu lassen. Hinter dieser Doppelfunktion verbarg sich das dialektische Konzept der strategischen Verbindung von national- und Sozialrevolutionären Volksbewegungen mit dem gemeinsamen Ziele der

allgemeinen menschheitlichen Emanzipation.

Weniger erhaben, doch ebenso wirksam sind Liebknechts persönliche Motive zu sehen. Sie finden sich nicht etwa in familiären oder anderen privaten Bindungen an Nordelbien. Im Gegenteil, Liebknecht stammte aus Hessen und orientierte sich nach Südwesten: nach Baden, in die Schweiz und weiter nach Nordamerika, das sich gerade im Bürgerkrieg befand und um die Sklavenbefreiung rang. Erst nach seiner Rückkehr aus der Londoner Emigration, im Berlin des Verfassungskonflikts von 1862, war Liebknecht in persönlich unangenehmer Weise auf die schleswig-holsteinische Frage gestoßen. Als frisch engagierter und gutbezahlter Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mußte er feststellen, daß dieses Blatt von dem ehemals „roten Republikaner“ August Braß mit dem Programm gegründet worden war, „für die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen zu wirken.“⁸ Liebknecht sah die Redaktion durch den neuen, höchst umstrittenen preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck korrumpiert. Er quittierte deshalb unverzüglich diesen Dienst, riskierte damit seine gesamte materielle Existenz und setzte alles auf eine radikal antipreußische, großdeutsch-nationale und Sozialrevolutionäre Freiheitsbewegung.

Die Gründe lagen für Liebknecht also einmal in persönlicher Verärgerung *über* und prinzipieller Opposition *gegen* Bismarcks Methoden in der Behandlung der Presse und der auswärtigen Angelegenheiten. Beides erinnerte an Praktiken des verhaßten Bonapartismus. Vor allem waren die Motive aber in jenem hochfliegenden Idealismus zu suchen, der in der großdeutschen Tradition der 48er Bewegung stand und philosophisch weniger auf Marx und Engels als vielmehr auf Johann Gottlieb Fichte und dessen „Reden an die deutsche Nation“ zurückging.

Tatsachenlogik oder Verhältnis von Recht und Macht

So idealistisch das alles in der Rückschau klingen mag, atmet es doch unüberhörbar den Zeitgeist der „Realpolitik“ durch Anerkennung von Machtfragen: „Auf dem Gebiet der Politik“ — damit meinte Liebknecht die praktische Politik — „gilt nun einmal bloß eine Logik: die der Tatsachen.“ Erläuternd fügte er hinzu: „Tatsache ist bekanntlich nur ein anderer Ausdruck für Gewalt, für Macht, wie die Bonapartesche Logik der Tatsachen nur ein anderer Ausdruck ist für die Bismarcksche Machtfragen-Theorie.“⁹

In der publizistischen Auseinandersetzung mit dem machtbewußten Ministerpräsidenten in Berlin reflektierte Liebknecht immer wieder das Verhältnis von Macht und Recht, von Recht und Macht, durch das auch die schleswig-holsteinische Frage entschieden werden sollte. Dem Mächtigeren, so gestand der Kommentator, gehöre letztlich der Sieg. Es frage sich aber, „auf welcher Seite die größere moralische oder materielle Macht“ zu finden sei. Am Ende entscheide die reale Kraftprobe zwischen moralischen und materiellen Mächten, denn

„Rechtsfragen“, so Liebknecht, „sind Machtfragen“.¹⁰ Er übernahm damit die Einsicht Ferdinand Lassalles, wonach „Verfassungsfragen“, um die es in den sechziger Jahren ging, „ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen“ waren und in der bevorstehenden Auseinandersetzung auch bleiben würden.¹¹

Das funktionale Nationalitätenprinzip

Ähnlich skeptisch betrachtete Liebknecht die Rolle allgemeiner, vorgeblich „hoher“ Prinzipien in der praktischen Politik. „Im Prinzip“ — um ein extremes Beispiel zu nennen — wäre der österreichische Absolutist Josef Metternich auch mit dem englischen Sozialisten Robert Owen einig gewesen. Es komme aber darauf an, in welcher Weise Prinzipien angewendet würden. „Im Prinzip“ stimmten überhaupt alle Parteien überein, denn die Allgemeinheit vieler Ideen erlaube, daß „sie alles bedeuten“ könnten, aber „in Wirklichkeit nichts“ bedeuteten.¹² Darauf beruhe die demagogische Wirkung des französischen Kaisers und des preußischen Ministerpräsidenten, wenn sie sich ganz allgemein zu Freiheit, Einheit, Wohlstand oder nationaler Selbstbestimmung bekannten.

Liebknecht redete keineswegs der *Prinzipienlosigkeit* das Wort, doch er mißtraute *abstrakten* Prinzipien und forderte statt dessen die funktionale Anwendung allgemeiner Ideale auf konkrete gesellschaftliche Prozesse. Darin stimmte er mit seinem Verleger überein, der einleitend in der ersten Ausgabe der Osnabrücker Zeitung bekannte:

„Wir werden *national* sein. Nicht als ob wir für das sogenannte ‚Nationalitätenprinzip‘ schwärmten, mit dem neuerdings so viel Mißbrauch getrieben wird, und das in seiner heutigen Form eine Erfindung und ein Werkzeug eroberungslustiger Despoten ist. Die Freiheit geht uns über das Nationalitätenprinzip. Aber wir leben in der Überzeugung, daß unser deutsches Volk, welches die moderne Kultur geschaffen hat, dazu bestimmt ist, diese Kultur gegen westliche Säbelherrschaft und östliche Barbarei zu verteidigen, und daß es diese seine Bestimmung bloß erfüllen kann, indem es zur *vollsten nationalen Entfaltung* kommt. — Wir haben uns die Aufgabe gesetzt, nach Kräften an der Wiedergeburt unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, und werden alles anerkennen und unterstützen, was auf dieses Ziel hinstrebt; alles bekämpfen, was es verdunkeln oder von ihm ablenken will.“¹³

Stärker funktional, also zweckbestimmt und zielgerichtet, ließ sich das Nationalitätenprinzip schwerlich auslegen. Das bedeutete eine revolutionäre Umkehr der Funktionalisierung, wie sie durch den Bonapartismus praktiziert wurde. Die Waffe der Unterdrückung sollte zu einem Mittel der Emanzipation und des Fortschritts werden. Die größere Freiheit und höhere zivilisatorische Entwicklung entschied folglich im Konfliktsfalle, welcher Nationalität der Vorrang einzuräumen sei.

Diese Haltung erinnert an jene schroffe Aussage, mit der Karl Marx schon 1848 für die Eindeutschung Schlesiens plädiert hatte, indem er schrieb: „ ... mit demselben Recht nimmt Deutschland Schlesien: mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität“.¹⁴ In diesem Zusammenhang wurde der Entwicklungsgedanke wie das revolutionäre Fortschrittsprinzip allen anderen Erwägungen übergeordnet: „Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was noch sehr zweifelhaft ist, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung ist.“¹⁵

Wenngleich Liebknecht diese Gedanken nicht mit derselben Konsequenz ausdrückte, ging es auch ihm um eine historische Funktionalisierung des Nationalitätenprinzips. Unter der Voraussetzung, daß der Gang der geschichtlichen Entwicklung den Erkenntnissen des historischen Materialismus folgte, sollte das Nationalitätenprinzip der Gesetzmäßigkeit bzw. Regelmäßigkeit des historischen Verlaufs untergeordnet werden. Auf jeden Fall durfte es dem notwendigen Gang der Geschichte nicht im Wege stehen, den Liebknecht in folgender Weise vorgezeichnet sah: „Von vereinzelt Individuen ausgehend zum Stamm, zur Nation und schließlich zum Weltbürgertum sich erweiternd — das ist der Gang der Menschenentwicklung.“¹⁶ Vor der Verwirklichung des Weltbürgertums war folglich die Phase der nationalen Einigung zu bewältigen.

Das Konzept eines selbständigen deutschen Elbstaates

In der konkreten historischen Situation vom späten Frühjahr 1864, also im ersten Waffenstillstand, der auf die Erstürmung der Düppeler Schanzen durch preußische Truppen folgte, entwarf Liebknecht ein klares Konzept zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Er ging von der Unteilbarkeit Schlesiens aus und stellte drei allgemeine Lösungsmöglichkeiten für das Doppelherzogtum einander gegenüber:

1. Fortbestand bzw. Wiederherstellung der Personalunion mit dem dänischen Königreich;
2. Annexion der Elbherzogtümer durch Preußen und Eingliederung in den preußischen Staatsverband;
3. Gründung eines selbständigen Elbstaates im Rahmen einer großdeutschen nationalen Lösung.

Die Personalunion sah Liebknecht bereits durch den allgemeinen Volkswillen verworfen. Die preußische Lösung fand er lediglich diskutabel, falls Preußen ein „liberaler Staat“¹⁷ gewesen wäre. Unter den real gegebenen Voraussetzungen betrachtete er die dritte Alternative als immerhin akzeptabel: Weder Österreich noch Preußen, deren Rivalität im Dualismus die deutsche Einheit verhinderte, sollten einen Machtzuwachs erlangen. Dagegen wäre ein Kleinstaat mehr oder ein Herzogtum weniger für die Einheitsfrage „ziemlich gleichgültig“. Jedenfalls bedeute ein solches Gebilde kein ernsthaftes Hindernis für die weitere

Einigungsbewegung. „Unter solchen Verhältnissen“, so schloß Liebknecht, „müssen wir in der Gründung eines selbständigen Elbstaates die beste, jetzt mögliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage erblicken. Es ist dies das einzige Mittel, die Herzogtümer mit Deutschland zu vereinigen, ohne die Zukunft Deutschlands zu gefährden. Es ist dies die einzige Lösung, welche mit den Forderungen des Rechts und der Freiheit in Harmonie steht, und welche den nationalen und praktischen Interessen Deutschlands nicht widerstreitet.“¹⁸ Als Demokrat, Republikaner und Sozialist konnte Liebknecht von sich aus nicht nach dem Herzog von Augustenburg rufen, doch eine solche Lösung hätte er zumindest für den Übergang gutgeheißen.

Staat und Nation als Einheit

Um nicht mißverstanden zu werden: Liebknecht wollte keine „meerumschlungene Schleswig-Holsteinerei“. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen standen Fragen der Nation, der staatlichen Organisation und der Einheit von beiden in Gestalt eines freiheitlichen deutschen Nationalstaates. Nicht „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, sondern: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ hieß das Problem.¹⁹ Die Fragestellung der Freiheitskriege, fünfzig Jahre nach der Völkerschlacht bei Leipzig, klang darin an.

Am Beginn der Kämpfe gegen Dänemark, so erinnerte Liebknecht, „herrschte überall in Deutschland die gehobenste Stimmung“.²⁰ Viele meinten, „die Befreiung der Elbherzogtümer werde den Grundstein bilden der deutschen Freiheit und Einheit“.²¹ Liebknecht beobachtete einen förmlichen „Rausch der Nation“²² und einen Wettbewerb von Ministern und Volksvertretern nach einer „nationalen Tat“.²³ Solche Parolen, so gab er zu bedenken, beruhten auf der Verwechslung des Besonderen mit dem Allgemeinen. Die Befreiung Schleswig-Holsteins bedeute noch lange nicht die Lösung der deutschen Frage, sondern wäre erst dann eine wirkliche Befreiung, wenn es ein freies und einiges deutsches Vaterland gäbe: „Schleswig-Holstein sei nur in Deutschland zu befreien, nicht in Schleswig-Holstein“.²⁴ Es galt, die Ablenkung der freiheitlichen Bestrebungen in Grenzlagen und äußere Konfrontationen zu verhindern, auf die Bismarck offensichtlich aus war.

Der sonst so enthusiastische Politiker mahnte zur Nüchternheit und realpolitischen Einschätzung der Lage: „Wir klagen nicht über das Scheitern der nationalen Hoffnungen. Es waren Illusionen, und Illusionen müssen zerstört werden, ehe die Wahrheit sich Bahn brechen kann. Das Ausland verlacht uns Deutsche als unpraktische Träumer. Wir waren es. Dank der schleswig-holsteinischen Frage sind wir es nicht mehr. Sie hat uns aus der *Ideal-* in die Realpolitik getrieben, und hierin liegt ihre unermeßliche Wichtigkeit für unsere nationale Entwicklung. Auf

den Trümmern unserer Hoffnungen wird die wirkliche Freiheit und Einheit Deutschlands sich aufbauen.“²⁵ Liebknecht war ein viel zu euphorisches Temperament, um nicht in der Ernüchterung zugleich den Aufschwung neuer Zuversicht zu stimulieren. Aus dieser Einstellung heraus sah Liebknecht im aufkommenden Nationalgefühl der breiten Massen eine wichtige Komponente volkstümlich-revolutionärer Machtpolitik in Deutschland: „Zum Glück“, so meinte er, „keimt nach und nach das Nationalgefühl in uns auf, kommt das Bewußtsein in uns zum Durchbruch, daß die Einheit eine Lebensfrage ist für Deutschland.“²⁶ Zwar habe das deutsche Volk einstweilen nicht über Armeen zu verfügen, aber „in Ermangelung der bewaffneten Macht“ könne es „die *moralische* Macht des Nationalitätsbewußtseins“ einsetzen. Zwar wäre das Rechtsbewußtsein noch nicht so ausreichend entwickelt, doch sei das Nationalitätsbewußtsein „immerhin ein starker politischer Faktor“.²⁷ Das mag idealistisch klingen, entsprach aber durchaus der marxistischen Erkenntnis, wonach „auch die Theorie“ zur lebendigen Macht oder „materiellen Gewalt“ werden kann, „sobald sie die Massen ergreift“.²⁸ Deutsches Nationalgefühl und preußische Gesinnung waren für Liebknecht und seine Freunde unvereinbare Gegensätze. Am Nationalgefühl der Schleswig-Holsteiner in jenen Jahren gefiel Liebknecht besonders der „Groll gegen das Preußentum“.²⁹ Darin steckte das Ressentiment der nordelbischen Bevölkerung gegen das preußische Militär, das nach 1848 die Konterrevolution geführt hatte. Es traf sich hier mit Liebknechts Zorn auf Bismarcks Machenschaften.

Doch das angesprochene Nationalbewußtsein ging weit über die antipreußische Einstellung hinaus. Es zielte bereits auf Deutschlands größere Geltung in der Welt: „Erfüllen wir unsere Pflicht als Nation“, so schrieb Liebknecht, „halten wir den Blick fest auf das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes gerichtet, und wir werden, die partikularistischen Regungen im Innern und den Widerstand des Auslandes bewältigend, nicht bloß die schleswig-holsteinische Frage zu einer nationalen Lösung bringen, sondern uns auch unter den Völkern der Welt die hervorragende Stellung erobern, welche wir zu beanspruchen ein Recht haben.“³⁰ Der potentielle Sozialimperialismus eines volkstümlichen Deutschen Reiches warf hier — ähnlich wie in verstreuten Äußerungen Ferdinand Lassalles — seine Schatten voraus.

Solche Sätze voll keimender Großmachtattitüde und Nationalstolz aus der Feder eines führenden Kopfes der Ersten und Zweiten Sozialistischen Internationale mögen im nachhinein befremden. Doch hier legen sie Zeugnis ab, daß die vielberufene „Vaterlandslosigkeit“ der deutschen Sozialdemokratie keineswegs urwüchsig war, sondern erst im Zuge der Bismarckschen Reichsgründung und späteren Sozialistenverfolgung erzeugt wurde. Preußentum und Obrigkeitsstaat, Dreiklassenwahlrecht und Sozialistenhetze, Bildungsmonopol und militärischer Drill haben der deutschen Arbeiterschaft und ihren politischen Führern die

nationale Gesinnung erst suspekt machen können, nachdem die Einheitsbewegung aggressiv militärisch überfremdet und von Bismarck bewußt gegen die Selbstbestimmung des Volkes gerichtet wurde. Anders gesagt: Das im Bismarckstaat herrschende Nationalgefühl, der militärisch auftrumpfende Hurrah-Patriotismus, entsprach nicht dem gewachsenen Nationalbewußtsein und drängte es in die Opposition. Seine Träger wurden als „Reichsfeinde“ denunziert, obwohl sie der großdeutsch-nationalen Reichsidee konsequenter anhängen als Bismarck und seine Helfer.

Demokratisches Staatsverständnis

In der offenen Situation von Mitte der sechziger Jahre, als noch jederzeit mit dem Sturze Bismarcks und dem Ausbruch von Bürgerkrieg und nationaler Revolution zu rechnen war, identifizierte die junge Sozialdemokratie sich weitgehend mit dem zu gründenden einheitlichen deutschen Gemeinwesen. „Hoffen wir,“ so schrieb Liebknecht, „daß *jeder* auf seinem Posten sei, *jeder* seine Pflicht tue; jeder den großen Satz vor Augen habe: Salus republicae suprema lex. Das Heil des Staates ist das oberste Gesetz!“³¹

Das war nicht die Sprache eines vaterlandslosen Gesellen, sondern Ausdruck höchster Staatsgesinnung, die sich freilich nicht auf ein autoritär regiertes Imperium nach dem Bilde Bismarcks und der Hohenzollerndynastie richtete, sondern eher auf eine politische und gesellschaftliche Verfassung nach dem nordamerikanischen Vorbild hoffte, wo „der Staatsbürger ein freies, selbstbestimmendes Mitglied des Gemeinwesens“ sein würde. In seiner Verehrung für Abraham Lincoln und aus tiefer Sympathie für die Entwicklung der Neuen Welt heraus skizzierte Liebknecht einen demokratischen und sozialen Staat, der nicht den Monarchen, sondern den Bürger, den Citoyen, in seinen Mittelpunkt stellte:

„Der Staat steht dem Bürger nicht wie bei uns als etwas Feindliches oder fremdartig Abstoßendes gegenüber, nein, er ist mit ihm verwachsen, mit ihm identisch. Im Staat lebt der Bürger und durch den Staat, der nur die Verkörperung seiner höchsten Gedanken, die Befriedigung seiner höchsten Bedürfnisse ist. Für den Staat bringt er darum gern jedes Opfer, denn der Staat ist ihm die Garantie der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstandes, und was er für den Staat tut, tut er für sich selbst.“³²

Damit löste sich auch das Problem des Militarismus und der Landesverteidigung: „Wer den Staat angreift, greift den Bürger an. Droht dem Staate Gefahr, so stellen sich die Bürger unter die Waffen, und der bewaffnete Bürger, dessen Dienste das Vaterland im Felde braucht, wird nicht mit Mißtrauen angesehen, wie der Soldat der europäischen stehenden Heere, denn er ist ebensowenig wie der Staat ein vom Volke losgelöstes, der Kontrolle des Volkes entschlüpftes Wesen, sondern er

ist ein Bürger, der seine Pflicht erfüllt; er dient nicht eignen oder Sonderinteressen, sondern er dient dem allgemeinen Interesse.“³³

In diesem Staatsverständnis mischten sich ältere Elemente der alemannischen Selbstregierung und der direkten Demokratie im Sinne Jean Jaques Rousseaus. Hinzu kamen Ideale der preußischen Reformen und der 48er Bewegung. Mitbestimmend für dieses Demokratieverständnis war auch das pathetische „We the People“ der amerikanischen Verfassung, verstärkt und aktualisiert durch die Grundgedanken der „Gettysburg Address“ von Abraham Lincoln: Demokratie als Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk, als freiheitliche Selbstregierung und kollektive Selbstidentität.³⁴ Das alles vereinigte sich bei Liebknecht zu einer schöpferischen Synthese aus Wunsch und Wirklichkeit, entsprechend der Programmatik des sozialen Kultur- und Volksstaates, die er in seinen späteren Schriften verfolgte. Dieses Staatsdenken weist über die Bismarcksche Reichsgründung weit hinaus in Richtung der „sozialen Republik“ im Sinne des zweiten Hauptteils der Weimarer Reichsverfassung und weiter noch auf den modernen deutschen und europäischen Sozialstaat. So aktuell klingende Losungen wie Freiheit, Sicherheit, Wohlstand für alle, und zwar als konkrete Inhalte der sozialen Wirklichkeit verstanden, unterstreichen diesen modernen Bezug.

Daneben durchzieht die Parole der Einheit wie ein Leitmotiv alle Betrachtungen Liebknechts. Die historische „Zerrissenheit“ sah er als „Fluch Deutschlands“.³⁵ Dagegen begrüßte er das gemeinsame Vorgehen Preußens und Österreichs gegen Dänemark schon allein, weil es „die Segnungen der deutschen Einheit in das hellste Licht“³⁶ stellte. „Bringt uns“, so fragte er, „die Einigkeit schon in höchst mangelhafter Form solche Früchte, was für Früchte wird uns erst die nationale Einigkeit bringen, welche das Ergebnis ist eines freien, einheitlichen Deutschland?“³⁷ Alles sollte momentan dem Gedanken der Einheit untergeordnet werden. Deshalb schrieb er: „Im gegenwärtigen Augenblick gibt es in Deutschland nur zwei Parteien: die Männer der Einheit, und die Partikularisten!“³⁸ Ob letztere preußisch oder österreichisch oder kleinstaatlich orientiert waren, machte zunächst keinen wesentlichen Unterschied. Der „Einheitspartei gegenüber“ erschienen „alle in gleichem Maße feindlich.“³⁹ Liebknecht sah das an anderer Stelle differenzierter (s. H. 4/1977). Doch hier unterstreicht die einseitige Übertreibung, mit welcher Entschiedenheit er die Sache der Einheit verfocht.

Dieselbe leidenschaftliche Parteinahme für das Prinzip der Einheit erfolgte auf der gesamtdeutschen wie auf der schleswig-holsteinischen Ebene. „Up ewig ungedeelt“ — das war für Liebknecht keine Frage der Interpretation des Ripener Vertrages, sondern eine Parole der Einheit mit gesamtdeutscher Resonanz. Die faktische Zerrissenheit der Elbherzogtümer zwischen Preußentum, österreichischen Ansprüchen und Kleinstaaterei spiegelte für ihn nur das Elend

der nationalen Teilung im kleinen. „Die schleswig-holsteinische Frage ist nur ein anderer Name für die deutsche Frage.“⁴⁰ Wenig später sah Liebknecht das Problem auch im öffentlichen Bewußtsein auf die nationale Ebene projiziert. „Die schleswig-holsteinische Frage“, so mutmaßte er, sei bereits „vollständig in der deutschen Frage aufgegangen“⁴¹. Dagegen hatte er nichts einzuwenden, wenn es tatsächlich der Einheit diene und nicht von Preußen oder Österreich machtpolitisch mißbraucht wurde.

Der Garant der ersehnten deutschen Einheit im Sinne des freien, souveränen Volkswillens konnte nur noch der zusammengefaßte Volkswille selber sein: „Die Rettung kann nur von einer Seite kommen: von dem deutschen Volk. Nimmt es nicht eine Haltung an, welche dem Ausland Achtung einflößt, und die Sonderbestrebungen in Deutschland einschüchtert, so ist es um Schleswig-Holstein geschehen, so werden abermals die deutschen Nationalinteressen dem deutschen Partikularismus geopfert.“⁴² Einheit in diesem Sinne meinte weniger die Einheit des Territoriums, schon gar nicht die Einheit der Dynastie, sondern vor allem die Einheit des Volkes und die Zusammenfassung des Volkswillens. Wie der freie deutsche Elbstaat die Zerrissenheit Nordelbiens überwand, sollte auch das einige deutsche Vaterland die Teilung der Nation überwinden.

Volkssouveränität und Selbstbestimmungsrecht

Unter Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht“, wie es durch alle Parteien — von Bismarcks Konservativen bis zu Virchows Liberalen — in Anspruch genommen wurde, räumte Liebknecht der Bevölkerung in den Elbherzogtümern eine Schlüsselfunktion ein:

„Die Schleswig-Holsteiner haben ihr Geschick in den Händen; gegen ihren festen und scharf erklärten Willen kann nicht über sie verfügt werden; denn haben sie auf sich allein angewiesen auch nicht die Macht, der Diplomatie Trotz zu bieten, so werden sie doch — vorausgesetzt daß sie ehrlich und entschieden für die Sache des gemeinsamen Vaterlandes eintreten, in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine unerschütterliche Stütze finden.“⁴³

Selbstbestimmung, Volkssouveränität und Majoritätsprinzip⁴⁴ waren für Liebknecht weitgehend identische Begriffe, die er als Prinzipien des politischen Liberalismus⁴⁵ achtete. Er akzeptierte sie freilich nicht in der Verwendungform, die Bismarck ihnen zu geben verstand: „Hier treten die feindlichen Prinzipien gegeneinander in die Schranken. Entweder geschieht es im Sinne der Volkssouveränität, oder des Königtums von Gottes Gnaden. Eine Versöhnung beider Prinzipien ist unmöglich; das eine oder das andere muß sich unterwerfen.“⁴⁶ Damit wandte der kritische Kommentator sich zugleich gegen das preußische Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder immer mehr Neigung zeigten, auf Bismarcks verlockende und scheinbar volksfreundliche Angebote einzugehen.

Eindringlich warnte Liebknecht vor einem Funktionswandel der Volksvertretung, die sich immer mehr vor den Karren des neuen Regimes und des alten Gottesgnadentums spannen ließ: „Das Abgeordnetenhaus vernachlässigt die Volksinteressen, wenn es das Prinzip der Volkssouveränität fallen läßt, zu dessen Schutz und Geltendmachung es berufen ist.“⁴⁷

Der selbstherrliche Umgang Napoleons III. mit der französischen Kammer in Paris bot ein warnendes Beispiel für die Umfunktionierung eines Parlaments von einer Volksvertretung in ein Machtinstrument des Herrschers. Die bonapartistische Verfälschung des demokratischen Prinzips brachte Liebknecht auf den Begriff des Cäsarismus⁴⁸, den er überall zu bekämpfen suchte: „Die ‚Volkssouveränität‘ des Herrn von Bismarck und des französischen Suffrage-Universel-Kaisers⁴⁹ ist himmelweit verschieden von der ‚Volkssouveränität‘, wie die Demokratie, wir meinen die echte, unabhängige Demokratie, sie versteht.“⁵⁰ Nach Liebknecht anerkannte Bismarck das Mehrheitsprinzip in Schleswig-Holstein wie in der Kammer lediglich mit Worten und nur zum Schein. In Wirklichkeit benutzte er die Mehrheit für seine Zwecke, also nur, wenn es ihm paßte, und ignorierte sie überall dort, wo sie seinen Absichten im Wege stand. Diese falsche „Volkssouveränität“ nannte der radikaldemokratische Kritiker analog zum verfälschten Gottesbegriff nicht anders als götzenhaft. Die negative „Volkssouveränität des Cäsarismus“ sei „das bequemste Ding von der Welt“, und es wäre „wirklich zu verwundern, daß ein so fügsames, nützliches Instrument erst so spät erfunden wurde“.⁵¹

Trotz solch bitter ironisch verkleideter Bedenken begrüßte Liebknecht jeden Schachzug Preußens oder Österreichs, der Schleswig-Holstein dem Gebrauch des Selbstbestimmungsrechtes näherbrachte. Er unterstützte den Vorschlag, „die österreichische sowohl wie die preußische Armee solle sich aus Schleswig-Holstein zurückziehen und die Bevölkerung dann unbeeinflußt ihr freies Selbstbestimmungsrecht ausüben“.⁵² Eine solche Lösung entspräche dem Bundesrecht wie den „Wünschen und Forderungen der Liberalen in ganz Deutschland“.⁵³ Sie könne außerdem schwerlich von Frankreich behindert werden, das sich in seiner Propaganda so klar zur Selbstbestimmung bekannte. Zwar kämen schwere, ernste Zeiten, doch „Unterricht in der Realpolitik“ sei niemals „unentgeltlich“.⁵⁴

Selbstverständlich, so Liebknecht, hätte „die deutsche Demokratie, überhaupt jeder liberale Deutsche“ von Anbeginn „für die Schleswig-Holsteiner das Recht der Selbstbestimmung gefordert“.⁵⁵ Auch der „preußische Vorschlag auf Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände“⁵⁶ laufe auf allgemeine Wahlen hinaus. Österreich habe „nichts gegen die gesetzmäßige Volksvertretung“⁵⁷. Nur fürchtete Liebknecht, daß der Herzog von Augustenburg, wie das der Herr von Bismarck fordert, beiseite geschoben und eine Wahlkomödie nach französischem Muster organisiert werde.“⁵⁸

Revolution und Bürgerkrieg

Der Begriff der Selbstbestimmung und Volkssouveränität, von dem Liebknecht ausging, war weniger parlamentarisch und plebiszitär als vielmehr revolutionär zu verstehen. Wahre Volkssouveränität ergab sich weder aus Konzessionen der Obrigkeit noch aus diplomatisch gezielten Gefälligkeiten der äußeren Mächte, sondern entsprang vornehmlich dem revolutionären Akt, der autonomen Erhebung des nach Selbstregierung strebenden Volkes.

In aller gebotenen Vorsicht versuchte Liebknecht, den Gedanken der deutschen Revolution zu fördern. Er lobte jene wenigen „Männer“, die endlich „begriffen, daß auf dem bisherigen Wege nichts zu erreichen, daß keine Rettung außer durch das Volk sei“.⁵⁹ Der „Zerfahrenheit“ und „Lauheit“ müsse endlich „ein Ende gemacht werden“.⁶⁰ Zwar hütete der „Soldat der Revolution“ sich wohlweislich, das Kind beim Namen zu nennen. Er sprach von der „natürlichen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage“ und erläuterte weiter: „An den Parteiführern ist es, schleunigst über die wesentlichsten Punkte zu einer Verständigung zu gelangen, die ein einheitliches Handeln und damit den Sieg ermöglicht. Eine Verständigung ist aber gleichbedeutend mit dem ehrlichen Verzicht auf alle partikularistischen Sondergedanken — möge der Partikularismus nun ein preußischer, ein österreichischer oder ein mittel- und kleinstaatlicher sein. Können die Führer des Volkes zu dieser Verständigung gelangen, so ist alles gewonnen; können sie es nicht, so müssen wir uns auf traurige Zeiten gefaßt machen, und wird unser armes Vaterland so lange der Spielball dynastischer Interessen sein, bis das Volk in der Schule des Unglücks und der nationalen Erniedrigung gelernt hat, was ihm nottut, und sich Führer erwählt, die, auf der Höhe der Zeit stehend, das richtige Ziel erkennen und sich vor den richtigen Mitteln nicht fürchten.“⁶¹ Sobald die notwendige Einigkeit, gemeinsame Führung und Zielklarheit geschaffen waren, sobald auch die subjektiven Bedingungen einer erfolgreichen Erhebung, wie es in der Revolutionstheorie hieß, ausgereift waren, erwartete Liebknecht den Aufstand des Volkes.

Das allgemeine Kriegsgeschrei und die revolutionäre Spekulation in Europa hatte sich seit Ende der fünfziger Jahre, seit dem italienischen Risorgimento, zu einem explosiven Gemisch verdichtet. Der polnische Aufstand von 1863, der politisch mit der schleswig-holsteinischen Frage durchaus verbunden war, hätte schon als zündender Funke wirken können. Liebknecht meinte, „ganz Europa“ sei „eine gärende Masse“ und ein „europäischer Krieg“ könne „jede Minute ausbrechen“.⁶² Schon Ende 1863 hätte der „Aufstand gegen Dänemark“ losschlagen können. Es wäre „eine heilige Pflicht für unsere Jugend“ gewesen, „den Brüdern in den Elbherzogtümern zu Hilfe zu eilen“.⁶³

Freilich hatten die Preußen, die schon an der polnischen Grenze alle

revolutionären Regungen erstickten, bei ihrem Einmarsch in Schleswig und während der Besetzung des Grenzlandes alle Anzeichen revolutionärer Strömungen beseitigt. Liebknecht empörte sich, daß „der oberste preußische Beamte, der Statthalter des Königs“ — gemeint war der General Edwin von Manteuffel — sogar gegen den patriotischen, blau-weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Fahnschmuck der Bevölkerung vorging. „Die deutsche Trikolore“, so sollte der Besatzungskommandeur gesagt haben, „ist aus dem Koth des Jahres 1848 hervorgegangen, sie ist das Symbol des Aufruhrs und des Verrats und verdient, daß sie wieder in den Koth getreten werde!“⁶⁴ In Lauenburg, wo die Preußen noch weniger Rücksicht nahmen, riß man die deutschen Fahnen bereits herunter.

Der politische Renegat August Braß, dessen Winkelzüge Liebknecht in der Presse besonders aufmerksam verfolgte, behauptete in seiner „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die „Demokratie“ wäre überhaupt nicht imstande, „die schleswig-holsteinische Frage zu lösen“, und zwar weder die „rote“ Demokratie, noch die „blaue“.⁶⁵ Liebknecht selbst mußte eingestehen, daß die Zahl der wirklich entschlossenen Patrioten „noch verschwindend klein“ war.⁶⁶ Der drohende Bürgerkrieg zwischen Preußen und Österreich hätte womöglich eine total veränderte Situation geschaffen und sozusagen über Nacht die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine revolutionäre Entwicklung besichert. Revolution und Bürgerkrieg standen für Liebknecht aber nicht in einem funktionalen Zusammenhang. Vielmehr sah er im Bürgerkrieg ein Mittel des verachtenswerten Cäsarismus. Deshalb tadelte er jenen „Teil der preußischen Fortschrittspartei“, der Bismarck ermunterte, durch „den Einsatz aller Machtmittel“, also auch mittels Bürgerkrieg gegen Kleinstaaten und Österreich, „die durchgreifende bundesstaatliche Verbindung der Herzogtümer mit Preußen“, und damit ihre Annexion zu erreichen.⁶⁷ So weit gingen Liebknechts realpolitische Konzessionen keineswegs.

Von seinem konsequent demokratischen Standpunkt aus mußte Liebknecht derartige Manipulationen ebenso verurteilen wie den Versuch, die große revolutionäre Aussicht in Europa durch kleinliche nationalitätenpolitische Aktionen abzulenken oder gar zu brechen. Eine derartige „Funktionalisierung“ des Nationalitätenprinzips erschien ihm konterrevolutionär, also dysfunktional. Er verachtete den Zynismus, mit dem beispielsweise der russische Zarismus davon Gebrauch machte: „Während *Rußland* an der Donau das Nationalitätenprinzip verfißt, tritt es in Polen das Nationalitätenprinzip mit Füßen, sucht die polnische Nationalität auszurotten.“⁶⁸ Ähnliche Gefahren witterte Liebknecht in Schleswig-Holstein, falls das Nationalitätenprinzip nach dem Geschmack der Großmächte angewandt würde. Deshalb sei generell das Prinzip der Volkssouveränität, also der Gedanke revolutionärer Selbstbestimmung, dem Nationalitätenprinzip

überzuordnen.

Gegen eine Teilung Schlesiws

Kategorisch stellte Liebknecht fest: „Die Schleswig-Holsteiner sind Deutsche, und gehören zu Deutschland, nicht zu Dänemark“.⁶⁹ Genauere Studien über den Verlauf der Volkstumsgrenze in Schleswig, wie Friedrich Engels sie unternahm⁷⁰, scheint Liebknecht nicht angestellt zu haben. Er verließ sich zunächst mehr auf das Hörensagen unter den journalistischen Kollegen. Demnach strebten alle Schleswig-Holsteiner weg vom Kopenhagener Regiment. Liebknecht registrierte sogar Stimmen aus Jütland, „welche die Vereinigung mit den Herzogtümern“ forderten, „falls diese von Dänemark getrennt werden sollten“.⁷¹ Jütland wäre von Dänemark so stiefmütterlich behandelt worden, „wie weiland Savoyen von Piemont“⁷², die Abneigung gegen das Inselreich also nur zu verständlich. Nicht das Volkstum, sondern der Volkswille sollte über die nationale Zugehörigkeit entscheiden.

In keinem Leitartikel vertrat Liebknecht die Ansicht, fremdes Volkstum solle gegen seinen Widerstand unter deutsche Hoheit gebracht werden. Aber er tadelte den Herzog von Augustenburg, weil er „auf das Prinzip der Unteilbarkeit Schlesiws“⁷³ verzichtete, denn das bedeutete eine Konzession an Preußen und Bismarcks diplomatische Manövrierkunst.

„Keine der Regierungen“, so schrieb Liebknecht, „wird dem Augustenburger zu seiner Krone verhelfen. Seine einzige Hoffnung beruht auf dem deutschen Volke, und diese Hoffnung zerstört er sich selbst, indem er sich zu einer mit den Interessen des deutschen Volkes unverträglichen Lösung bereit zeigt. Vielleicht bringt ihn der Eifer zur Vernunft, mit dem die ‚Norddeutsche‘, das Organ des Herrn von Bismarck, seinen Verzicht auf das Prinzip der Unteilbarkeit aufgegriffen hat! Nichts konnte der preußischen Regierung willkommener sein. Sie darf nun stolz im patriotischen Fahrwasser segeln und hat die beste Aussicht, unter der deutschen Flagge in den Hafen der Annexion einzulaufen.“⁷⁴ Es sei „von höchster Wichtigkeit“, daß die preußische Regierung sich endlich offen dafür ausgesprochen habe, „die Bevölkerung Schlesiws abstimmen zu lassen. Dadurch würde „dem Gekeife, die Deutschen täten den Schlesiwigern Gewalt an“, geschickt „ein Ende gemacht“.⁷⁵ Preußen entspräche der „napoleonischen Idee“ und nähme gleichzeitig den Engländern — Lord Palmerston und Russel — ihre wirksamsten Argumente.

Was Liebknecht kritisierte, war weniger die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilung, als vielmehr die täuschende Geschicklichkeit, mit der Bismarck seine preußische Interessenpolitik im Gewände eines „neuen Völkerrechts“ durchzusetzen verstand: „Um Preußen zu vergrößern, wollte er Deutschland verkleinern.“⁷⁶ Bismarcks Grundsatz lautete demnach: „Lieber werde ich

Nordschleswig den Dänen geben, als ganz Schleswig-Holstein dem Herzog von Augustenburg.“⁷⁷ Wo aber Friedrich VIII. seinerseits ähnliche diplomatische Mittelchen einzusetzen versuchte, da begannen die „Agenten des Herrn von Bismarck, den Herzog von Augustenburg zu diskreditieren, indem sie ihn des Landesverrats“ beschuldigten. Diese Herren behaupteten „nämlich, er habe sich gegen Bonaparte, wenn dieser ihn unterstützen wolle, zum Verzicht auf Nordschleswig bereiterklärt“.⁷⁸ Wenn deutsche Politiker dasselbe Angebot machten, wurde es dennoch höchst unterschiedlich bewertet. „Moralischer“ Maßstab für Bismarck und seine Leute war offenbar nicht die nationale Sache, sondern die spezielle Interessenlage der preußischen Politik.

Die ganze Misere der deutschen Einigungsbewegung resultierte für Liebknecht immer wieder aus der eigennützigen Einmischung der äußeren Mächte und der deutschen Großstaaten. Frankreich habe Preußen die Annexion der Elbherzogtümer „auf das Wärmste“ empfohlen, „freilich mit dem Zusatz, daß es wünschenswert sei, Nordschleswig dem ‚Nationalitätenprinzip‘ zu lieb an Dänemark zurückzugeben“.⁷⁹ Ähnlich wirkten die englischen Friedens Vorschläge, „welche die Teilung Schlesiwiigs bedingten“.⁸⁰ Mit englischem „Liberalismus“ habe das nichts zu tun, auch wenn zum Schluß die „Bismarckschen Organe“ am heftigsten „für die Unteilbarkeit Schlesiwiigs“ stritten und „am kräftigsten die Anmaßung Englands“ zurück wiesen, „sich in unsere inneren Angelegenheiten mischen zu wollen“.⁸¹

Schier verzweifelt über das diplomatische Ränkespiel und außenpolitische Gegeneinander der verantwortlichen deutschen Politiker bemerkte Liebknecht: „Das ist eben der Fluch, das wahre deutsche Elend, daß wir die richtigen Wahlsprüche nur auf der falschen Fahne finden. Nirgends eine Fahne, um die wir uns ohne Überzeugungsoffer scharen können“.⁸² In der Tat ließ sich die Frage der Teilung Schlesiwiigs nur befriedigend lösen, wo eine klare Orientierung an demokratisch legitimierten Mächten möglich war. Insofern bestätigte die verfahrenere Lage Liebknechts wiederholten Ruf nach voller Selbstbestimmung im Geiste revolutionärer Volkssouveränität.

1 Wilhelm Liebknecht, Volks-Fremdwörterbuch, Leipzig 1874, Stuttgart 1894 u. a.

2 Wilhelm Liebknecht, Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. Festrede, gehalten zum Stiftungsfest des Dresdner Bildungsvereins am 5. Februar 1872. Neuausgabe in: Wilhelm Liebknecht, Kleine politische Schriften, hrsg. von Wolfgang Schröder, Frankfurt am Main 1976, S. 133—173.

3 Karl Liebknecht, Gedanke und Tat. Schriften, Reden, Briefe zur Theorie und Praxis der Politik, hrsg. u. eingel. v. Ossip K. Flechtheim, Berlin 1976.

4 Wilhelm Liebknecht, Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864— 1866, hrsg. v. Georg Eckert, Hildesheim 1975. Nicht bei allen Artikeln darf die Autorschaft

Liebknachts in allen Passagen als gesichert angesehen werden. Es ist nicht auszuschließen, daß einzelne Artikel und einzelne Absätze von Alexander Liesecke stammen. Doch ist das für die allgemeinen Ergebnisse dieser Arbeit nicht so wichtig, da Liesecke ein Achtundvierziger war wie Liebknecht und in vielen Fragen ähnlich oder gleich dachte.

- 5 Vgl. die Besprechung des ersten Bandes von Liebknachts Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten durch den Verfasser, in: Grenzfriedenshefte, 4/1973, S. 207, Zusammenhänge werden sichtbar.
- 6 Gerhard Beier, Marx, Engels, Lassalle und der deutsch-dänische Konflikt 1848 und 1864, in: Grenzfriedenshefte 3 und 4/1962, S. 194—202 und 232—244.
- 7 Zitiert nach: Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, zusammengestellt und eingel. v. Heinrich Gemkow, Berlin 1976, S. 31. Vgl. Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872, neu hrsg. v. Karl-Heinz Leidikeit, Berlin 1960.
- 8 Leitartikel, S. 409, 7. Juni 1865. Die Marineschlacht im preußischen Abgeordnetenhaus.
- 9 Leitartikel, S. 428, 30. Juni 1865. Zur schleswig-holsteinischen Frage. An anderer Stelle heißt es: „In der Politik gibt es nur Machtfragen; das ist ganz wichtig, obgleich Herr von Bismarck es gesagt hat.“ Leitartikel, S. 343, 27. März 1865. Politische Wochenschau.
- 10 Leitartikel, S. 613, 22. Januar 1866. Politische Wochenschau.
- 11 Ferdinand Lassalle, Über Verfassungswesen. Vortrag, gehalten in einem Berliner Bürger-Bezirks-Verein im April 1862, diverse Ausgaben, drittletzter Absatz der Rede.
- 12 Leitartikel, S. 323, 10. März 1865. Majorität.
- 13 Leitartikel, S. 28, 18. Mai 1864. An unsere Leser!
- 14 Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 395.
- 15 Ebd.
- 16 Wilhelm Liebknacht, Zu Trutz und Schutz. Festrede, gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1971, in: Kleine politische Schriften, hrsg. von Wolfgang Schröder, Frankfurt am Main 1976, S. 98.
- 17 Leitartikel, S. 59, 8. Juni 1864. Die drei Lösungen.
- 18 Ebd. S. 57 f.
- 19 Leitartikel, S. 263, 2. Januar 1865. Politischer Rückblick in das Jahr 1864
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd. S. 264.
- 24 Ebd. S. 263.
- 25 Ebd.
- 26 Leitartikel, S. 270, 9. Januar 1865, Politische Rückblicke in das Jahr 1864.
- 27 Leitartikel, S. 136, 24. August 1864. Die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg.
- 28 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Die Frühschriften, hrsg. v. Siegfried Landshut, Stuttgart 1953, S. 216.
- 29 Leitartikel, S. 499, 18. September 1865. Politische Wochenschau.
- 30 Leitartikel, S. 31, 21. Mai 1864. Politische Nachrichten.
- 31 Leitartikel, S. 495, 7. September 1865. Der Sechsenddreißiger Ausschuß.

- 32 Leitartikel, S. 54, 7. Juni 1864. Was die Amerikaner tun.
33 Ebd.
- 34 Diese Adresse muß Liebknecht bekannt gewesen sein, als er den Artikel formulierte.
Bei Lincoln heißt es, „that this nation, under God, shall have a new birth of freedom,
and that government of the people, by the people, for the people, shall not perish from
the earth“.
- 35 Leitartikel, S. 270, 9. Januar 1865. Politische Rückblicke in das Jahr 1864.
36 Ebd. S. 271.
37 Ebd.
- 38 Leitartikel, S. 310, 23. Februar 1865. Schleswig-Holsteinisches.
39 Ebd.
- 40 Leitartikel, S. 418, 19. Juni 1865. Politische Wochenschau.
41 Leitartikel, S. 685, 16. April 1866. Politische Wochenschau.
42 Leitartikel, S. 65, 13. Juni 1864. Zur Lage.
43 Leitartikel, S. 311, 27. Februar 1865. Politische Wochenschau.
44 Leitartikel, S. 324, 10. März 1865. Majorität.
45 Leitartikel, S. 346, 27. März 1865. Politische Wochenschau.
46 Leitartikel, S. 383, 8. Mai 1865. Politische Wochenschau.
47 Ebd.
- 48 Ein zeitgenössisches Lexikon definiert den Cäsarismus als „dasjenige politische
System, welches eine der cäsarischen Gewalt der antiken Römerzeit ähnliche
Machthaberschaft an die Stelle der modernen konstitutionellen Monarchie zu setzen
sucht. Das neueste Beispiel des Cäsarismus war das zweite französische Kaiserreich
Napoleons III. Ein Nebenbegriff in der cäsaristischen Regierungsweise ist die Rücksicht
auf ein gewisses Maß an Volksgunst und eine gewisse Anlehnung an den vierten Stand,
dessen Interessen behufs Aufwiegung der Macht der parlamentarisch gesinnten
Bourgeoisie gefördert werden. Parlamentarische Formen und Körperschaften bleiben
bei diesem System etwa ebenso bestehen wie die alten Ämter unter Cäsar und
Augustus, die aber der jedesmalige Cäsar tatsächlich in sich vereinigte.“ Meyers
Konversations-Lexikon, 4. Aufl., 3. Bd., Leipzig 1889, S. 842.
- 49 Eine Anspielung auf den plebiszitären Gebrauch des allgemeinen und gleichen
Wahlrechts durch Napoleon III.
- 50 Leitartikel, S. 513, 29. September 1865. Die Gasteiner Konvention.
51 Ebd.
- 52 Leitartikel, S. 691, 24. April 1864. Politische Wochenschau.
53 Ebd.
54 Ebd.
- 55 Leitartikel. S. 119, 8. August 1864. Politische Nachrichten.
56 Leitartikel, S. 382, 8. Mai 1865. Politische Wochenschau.
57 Ebd.
58 Ebd.
- 59 Leitartikel, S. 495, 7. September 1865. Der Sechsendreißiger Ausschuß.
60 Leitartikel, S. 209, 29. Oktober 1864. Zur Lage.
61 Ebd.
- 62 Leitartikel, S. 199, 19. Oktober 1864. Das Ministerium Bismarck.

- 63 Leitartikel, S. 158, 13. September 1864. Politische Nachrichten.
- 64 Leitartikel, S. 510, 25. September 1865. Politische Wochenschau.
- 65 Leitartikel, S. 164, 20. September 1864. Politische Nachrichten.
- 66 Leitartikel, S. 236, 30. November 1864. Bürgerkrieg?
- 67 Leitartikel, S. 237 f, 30. November 1864. Bürgerkrieg?
- 68 Leitartikel, S. 492, 5. September 1865. Politische Wochenschau.
- 69 Leitartikel, S. 506, 21. September 1865. Das Ausland und die Gasteiner Konvention.
- 70 Friedrich Engels an Karl Marx, 2. November 1864. Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 6 ff.
- 71 Leitartikel, S. 33, 21. Mai 1864. Politische Nachrichten.
- 72 Ebd.
- 73 Leitartikel, S. 64, 13. Juni 1864. Zur Lage.
- 74 Ebd.
- 75 Leitartikel, S. 74, 24. Juni 1864. Politische Nachrichten.
- 76 Leitartikel, S. 487, 11. September 1865. Politische Wochenschau.
- 77 Ebd.
- 78 Leitartikel, S. 444, 17. Juli 1865. Politische Wochenschau.
- 79 Leitartikel, S. 319, 6. März 1865. Politische Wochenschau.
- 80 Leitartikel, S. 85, 7. Juli 1864. Das Kölnische Organ Lord Palmerstons.
- 81 Leitartikel, S. 67, 18. Juni 1864. Politische Nachrichten.
- 82 Ebd.

Sozialdemokratie und deutsche Volksgruppe in Nordschleswig

Der schwierige Prozeß der Eingliederung der nach Deutschland hin orientierten sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter in Nordschleswig in die dänische Arbeiterbewegung, in eine andere Gesellschaft und einen anderen Staat nach der Abstimmung 1920, ihr kompliziertes und spannungsreiches Verhältnis zur sich konstituierenden deutschen Volksgruppe hat bisher noch keine zusammenhängende Darstellung gefunden. Die von Dr. Paul Koopmann an einen Brief Pastor Schmidt-Wodders anknüpfenden Überlegungen zu dieser Frage dürften darum auf ein besonderes Interesse stoßen, aber auch nicht ohne Widerspruch bleiben.

Die Red.

1

Es ist gegenüber unserer Führung oft mit leichtem Vorwurf gesagt worden, daß man sich nicht genügend um den linken Flügel unserer Volksgruppe gekümmert habe. Zu sehr habe man den Schwerpunkt nach rechts gesucht, sich den Anschein gegeben, als seien wir eine „Bauernrepublik“, obwohl feststand, daß die Hälfte unserer Gruppe in den Städten zu suchen sei und daß sich daher dieser Name kaum rechtfertigen lasse.

Auch ich habe so gedacht. Doch wurde mir früh die Fragwürdigkeit einer solchen Einstellung bewußt, weil sich mein Vater als der damals Verantwortliche für das deutsche Schulwesen der Volksgruppe ernste Sorgen machte, daß der Arbeiter nicht genügend berücksichtigt werde. Weit über die Hälfte aller Schüler der Minderheit besuchten die Stadtschulen. Freilich, die Arbeitnehmerkinder machten auch in den kommunalen und privaten Stadtschulen nur einen Teil der Schüler aus, wenn auch den zahlenmäßig bedeutendsten. Aus dieser Sicht hätte dem Arbeitnehmerflügel ein starker Akzent in unserer Volksgruppe gebührt. Doch ist das keineswegs der Fall gewesen. Der linke Flügel hat auf unsere Politik einen unverhältnismäßig geringen Einfluß gehabt. Warum?

Ich habe nach dem Kriege diese Problematik Pastor Schmidt-Wodder des öfteren vorgehalten. Einleuchtende Erklärungen wußte er darauf nicht zu geben. Er lebte in einer anderen Welt, wenn er auch ein Gespür für die sozialen Fragen besaß. Das muß unbedingt gesagt werden; aber er ging von andern geistigen Überlegungen aus und sprach — vom Volk und seinen Werten. Und wenn ich ihm dann härter zusetzte, platzte es aus ihm heraus: „Sie [die Arbeiter] hätten auch zu uns kommen können!“ Darüber war ich zutiefst betroffen. War das wirklich eine gültige Antwort? Ich habe das stark bezweifelt. Heute sehe ich um einiges klarer.

Ich habe mich eingehender mit der Zeit nach 1864 beschäftigt und mich bemüht, auch den Weg des deutschen Arbeiters aufzuspüren. Dabei habe ich feststellen müssen, daß keiner unserer Verantwortlichen die gesellschaftspolitischen Fragen der Arbeitnehmer vom Standpunkt der deutschen Volksgruppe her gründlich durchdacht hat. Diese vom Existentiellen her gesehene Problematik hat niemand anpacken wollen, vielleicht auch nicht meistern können. Aber es ist auch heute für uns noch wichtig zu wissen, warum es so kam, so kommen mußte.

2

Im Folgenden soll versucht werden, an Hand eines Briefes von Pastor Schmidt, den er am 3. Dezember 1920 an den Flensburger Arbeitersekretär Friedrich Bauer richtete, die Fragen nach den beiderseitigen Positionen einmal zu klären. Der Brief lautete:

„Entnehmen Sie nicht aus der Versammlung neulich in Flensburg, daß ich die „Flensburger Volks-Zeitung“ aus Nordschleswig ausschließen möchte. Mir liegt jede Befangenheit fern, obgleich mich die „Volkszeitung“ verschiedentlich sehr scharf angegriffen hat — wie ich urteile, aus Befangenheit heraus. Ich bin selbstverständlich der Ansicht, daß es besser ist, die deutschen Sozialdemokraten hier [in Nordschleswig] lesen eine deutsche Zeitung als eine dänische. Ich werde deswegen keine Schwierigkeiten machen, wenn Sie Regierungsunterstützung [aus Berlin] wollen. Aber von ganzem Herzen empfehlen kann ich es doch nur, wenn Sie auch als sozialdemokratische Zeitung es für Ihre Aufgabe halten, deutsche Sozialdemokraten in der Treue zu ihrem Volkstum zu bestärken. Es handelt sich wirklich nur um ein Bestärken. Ihre Leute werden sich dessen unter den nationalen Reibungen sehr genau bewußt, wohin sie gehören, und das Brüderliche, von dem Sie sprechen, widerspricht in keiner Weise dem, daß man sein und bleiben will, was man ist. Ich bitte also sehr, daß Sie dieser Auffassung, die der sozialdemokratischen in keiner Weise zu widersprechen braucht, sich anschließen und wünsche Ihnen dann von Herzen Erfolg.“

Soweit der Brief. — Schmidt-Wodder rührte mit seinen Ausführungen an eine Kernfrage der sozialdemokratischen Ideologie: Internationalismus, Solidarität auf der einen Seite und Nationalismus und Volkstum auf der andern; welchen Stellenwert durfte ein Sozialdemokrat den Werten des Volkstums zubilligen? Schmidt-Wodder ist der Meinung, daß die Solidarität der Arbeiter untereinander — er nennt sie Brüderlichkeit — zwischen deutschen und dänischen Genossen im Bekenntnis zur nationalen Kultur keinen Zwiespalt heraufzubeschwören braucht. Für einen engagierten Sozialdemokraten aber konnte sie sich zu einer Gretchenfrage entwickeln. Wie reagierte Friedrich Bauer? Wir wissen nicht, ob sich aus diesem Brief ein weiterer Gedankenaustausch ergab. Wahrscheinlich nicht. Er war auch nicht erforderlich. Es ist aber bekannt, daß sich Bauer sehr wohl

der brisanten Lage der Sozialdemokraten im ehemaligen Abstimmungsgebiet bewußt war. Die soll hier untersucht werden.

3

Die Stellung der Sozialdemokraten war durch den Abstimmungskampf außerordentlich diffizil geworden. Als Partei hatte sie an dem internationalen Sozialistenkongreß in Bern 1919 teilgenommen und sich nicht nur für das Selbstbestimmungsrecht erklärt, sondern mit der dänischen Partei eine auf dieser Grundlage zu treffende Lösung der schleswigschen Frage vereinbart. Die Ausführungsbestimmungen im Versailler Vertrag schockierten die deutschen Sozialdemokraten aber doch sehr: Da war einmal die Forderung der En-bloc-Abstimmung, zum andern die Einbeziehung des fast rein deutschen Gebietes um Tondern in die 1. Abstimmungszone und nicht zuletzt die Aberkennung des Stimmrechts gerade vieler Arbeiterwähler durch die eng gezogene Wohnpflichtforderung von zwanzig Jahren in den beiden Abstimmungs-zonen.

Dazu kam noch die ausgesprochen dilatorische Behandlung der deutschen Proteste durch die dänische Sozialdemokratie in Kopenhagen, die aus innenpolitischen taktischen Gründen fast wie die bürgerlichen Kreise argumentierte. Kein Wunder, daß gerade die Flensburger Sozialdemokraten und die noch mit Flensburg eng zusammenarbeitenden Ortsvereine in Nordschleswig deutlich ihren Unwillen bekundeten.

Friedrich Bauer¹ berichtete darüber, August 1921, mit unmißverständlichen Worten: „Auf einer Konferenz von Vertretern der sozialdemokratischen Parteiorganisationen der ersten und zweiten Zone am 20. Oktober 1919² in Apenrade wurde eingehend die Abstimmungsfrage erörtert. Eine vom Genossen Eduard Adler vorgelegte EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen. Sie lautet in ihrem Hauptteil so:

„Ganz anders ist natürlich unsere Stellung zu den Bestimmungen des Friedensvertrages in bezug auf die En-bloc-Abstimmung und die Rechtlosigkeit der vielen Tausende, die fast ein Menschenalter hindurch in Nordschleswig lebten und wurzelten. Hier liegt eine Brutalität und eine Vergewaltigung eines Teils unserer Volksgenossen vor, die uns als Partei zum schärfsten Proteste und zu der Erklärung zwingt, daß das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung nicht als Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkannt werden kann und anerkannt werden wird. Wir sprechen dagegen die Erwartung aus, daß später das deutsche und das dänische Volk einen Weg finden werden, auf dem nachträglich die aufgezwungene Entscheidung von heute korrigiert und beiden Völkern wirklich ihr Recht gegeben wird.“

Das war die nicht zu überhörende Stimme der Sozialdemokratie aus dem Grenzland. Sie gipfelte nicht nur im Protest, sondern sprach klar den Wunsch nach

einer Revision aus. So nahm sie das vorweg, was Johannes Tiedje in Friedrich Naumanns Zeitschrift „Die Hilfe“ am 26. Februar 1920 als Revisionsforderung ausführlich begründete, was in die Geschichte aber als Revisionsforderung der deutschen Minderheit durch Pastor Schmidt-Wodder eingegangen ist.

Diese Situation ist bemerkenswert. Aus der Kritik an den Abstimmungsmodalitäten erwächst der Ruf nach Revision. Er wird von den Sozialdemokraten des Grenzlandes formuliert. Es ist also ihr Verdienst, die deutsche Einheitsfront ermöglicht zu haben, die an Durchschlagskraft erheblich gewonnen hätte, wenn sie auf Dauer realisiert worden wäre. Dieser Gleichklang währte jedoch nur kurze Zeit. Er bestand nur als zorniger Protest im Grenzland.

Otto Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hatte schon am 2. Oktober 1919 als Gast auf dem Kongreß der dänischen Partei in Kopenhagen unter stürmischem Beifall erklärt:

„Die Lösung der nordschleswigschen Frage hat jeden Grund der Mißstimmung zwischen unsern Ländern beseitigt. Ich weise mit Freude darauf hin, daß zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie jederzeit Einigkeit darüber bestanden hat, eine gerechte Lösung zu erstreben. Eine Einigkeit, die während des Krieges in unserer Korrespondenz ihren Ausdruck gefunden hat und durch die Berner Konferenz bestätigt wird.“

Das wußten die Sozialdemokraten des Grenzlandes auch, versuchten dennoch durch die Apenrader Resolution den Gang der Dinge zu beeinflussen. Friedrich Bauer kommentierte das in seiner Schrift „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“³ im Nachhinein 1921 folgendermaßen:

„Während Genosse Wels in Kopenhagen so sprach, gingen die Sozialdemokraten Nordschleswigs gesenkten Hauptes einher ob der brutalen Vergewaltigung ... und sann auf Auswege. Nach gründlicher Erwägung ist dann die Apenrader EntschlieÙung entstanden. Es darf auch nicht wundernehmen, wenn der Vertreter der dänischen Bruderpartei, Genosse Stauning, nach solcher Rede wie der des Genossen Wels den Eindruck gewonnen hat, den er in der „Neuen Zeit“, Heft 17, 1921, zum Ausdruck bringt, wenn er schreibt:

„Schließlich haben nun auch die beiden Nachbarn sich miteinander über die Grenzregulierung (!) auseinandergesetzt, die ein Glied des Friedensvertrages von Versailles ausmachte, und wenn Deutschland wie auch Dänemark befugt war, gegen gewisse Einzelheiten Einwendungen (!) zu erheben, so wurde die EntschlieÙung doch auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker getroffen, wie die Sozialdemokratie in Deutschland es einst verlangt hatte. Nun ist die Grenze abgesteckt worden, soweit es möglich ist, Nationalitäten auf einem Gebiet, das seit mehreren Menschenaltern eine gemischte Bevölkerung hat, voneinander zu trennen. Den Teil von Schleswig, dessen Bismarck sich 1864 mit Unrecht bemächtigte, hat Dänemark zurückgewonnen und soll nunmehr in

betreff der Grenze Ruhe herrschen. Die Frage ist erledigt.⁴

„Ohne den Genossen Wels und Stauning weh zu tun“, schreibt Bauer weiter, „muß aber doch wohl gesagt werden, daß sie herzlich wenig vom Abstimmungsgebiet Nordschleswigs kennen und daß sie klug getan hätten, durch persönliches Studium Land und Leute in Nordschleswig kennenzulernen. Beide Genossen waren auch in Bern anwesend und haben der EntschlieÙung zugestimmt. *Wo aber waren die Vertreter der Minderheiten, über deren Wohl und Wehe in Bern entschieden wurde?* Es ist doch sicher auch ein *Recht der Minderheiten*, bei so wichtigen Entscheidungen dabeizusein und gehört zu werden ...“

Aus diesen Sätzen Bauers klingt mit der unverblühten Forderung nach „Mitbestimmung“ aber auch schon Resignation durch. Denn der zukünftige Weg war vorgezeichnet. Die Parteizentralen in Kopenhagen und Berlin würden sich verständigen, endgültig einigen, ohne das Grenzland zu befragen. Stauning — noch nicht in der Regierungsverantwortung — hatte deutlich zu verstehen gegeben, was er wünschte: Ruhe an der Grenze, denn die Frage ist erledigt! Und Berlin beugte sich und war entgegen der Meinung Schleswig-Holsteins auch willens, den dänischen Wünschen zu entsprechen.

4

Wie aber vollzog sich nun im Grenzgebiet der Übergang von der deutschen zur dänischen Parteiorganisation?

Gerade unter den Arbeitern gab es viele deutschsprechende Familien, zumal in den Städten. Sie waren vielfach Zugewanderte und hatten in ihrem Wandergepäck das sozialistische Gedankengut mitgebracht. Verständlich darum, daß die Parteiorganisation deutlich auf den Süden ausgerichtet und die offizielle Sprache deutsch war. Wohl hatten sie sich eine recht sichere Existenz gegründet und eine neue Heimat erworben, doch fühlten sie sich in einer anderssprachigen Umgebung nicht problemlos wohl. Das wirkte wie eine Hypothek.

Nun sollte das mit einem Schlag unter Dänemark anders werden. Ob die bisherigen Verbindungen nach dem Süden diesem Wechsel standhalten konnten? Wichtige Fragen standen zur Lösung an. Hatte die dänische Sozialdemokratie hier nicht wichtige minderheitenrechtliche Verpflichtungen einzulösen? Denn es schien doch einleuchtend zu sein, daß die alten deutschen Sozialdemokraten einen Anspruch darauf besaßen, bei der Neuordnung der parteiinternen Verhältnisse ihre elementaren kulturellen Wünsche berücksichtigt zu sehen.

Gerade nach Gerd Callesens lobenswerter Arbeit bleibt dennoch ein nicht unwichiger Rest ungeklärter Verhältnisse zwischen Deutsch und Dänisch offen. Zeigt sich doch unmittelbar, daß die in deutscher Zeit führenden Persönlichkeiten nach 1920 nicht kampfflos abtraten oder abtreten wollten. Auf jeden Fall waren Männer wie *Richard Hempel* in Sonderburg oder *Wilhelm Ewald* in Apenrade, wie

Carl Eckwerth in Tondern und *Ferdinand Zimmermann* in Hadersleben so stark mit der lokalen Organisation verwachsen, daß sie nicht einfach übergangen werden konnten.

Was geschah nun? Allgemein gesprochen: Man paßte sich an, so gut es ging. Aber es war nicht zu verkennen, daß nunmehr ein klarer Nordwind wehte. Ferdinand Zimmermann blieb in Hadersleben an der Spitze; er schwenkte ganz auf den neuen Kurs ein, stammte er doch aus Weibek bei Pattburg, also aus einem überwiegend dänischen Milieu. Für ihn bedeuteten die neuen Verhältnisse keinen inneren Bruch, wahrscheinlich nur eine innere Umstellung, wie sie für viele damals symptomatisch war. Er hat seine Position jahrzehntelang behauptet.

Auch in Sonderburg vollzog sich der Übergang ohne allzu große Schwierigkeiten; man wechselte freilich sofort zur dänischen Sprache über, brauchte aber keine großen Personalveränderungen durchzuführen. Hier zeigte sich schon frühzeitig der Einfluß des befähigten seeländischen Bäckers I. P. Nielsen, bekannt auch als „Kindervater“, der ein guter Kenner der deutschen sozialdemokratischen Szene war und darum sehr wohl mit den eingesessenen alten deutschen Sozialdemokraten umzugehen wußte. Dazu verfügte er über einen direkten Draht in die Kopenhagener Parteizentrale.

In Apenrade traten aber erhebliche sachliche und personelle Schwierigkeiten auf. Hier war es mit einer einfachen Gleichschaltung nicht getan. Noch bis über die Mitte der zwanziger Jahre brauchte man Deutsch als Verhandlungssprache. Spannungen entstanden aber vor allem um Wilhelm Ewald. Sie führten schließlich zu dessen Parteiausschluß, wobei die nationalen Fragen keine unerhebliche Rolle gespielt haben dürften.

Noch anders gelagert waren die Verhältnisse in Tondern. Tondern fühlte sich ebenso deutsch wie Flensburg. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß Tondern nördlich, Flensburg südlich der Abstimmungslinie lag. In beiden Städten hatte der damalige Reichskanzler Gustav Bauer (Soz.) Anfang 1919 geredet und davon gesprochen, daß er sich wohl zum Selbstbestimmungsrecht bekenne, aber doch der Meinung sei, daß deutsche Gebiete auch in Zukunft deutsch verbleiben sollten; dazu gehöre Tondern ebenso wie Flensburg. Seine Reden hatten in Kopenhagen einige Unruhe erzeugt, hatten aber zweifelsohne in Tondern Hoffnungen auf eine mögliche Grenzkorrektur geweckt. Wenn Callesen meint,⁴ daß ihm unklar bleibe, warum die Tonderaner Sozialdemokraten auf das Begrüßungsschreiben der dänischen Partei nicht positiv reagierten, so liegt die Erklärung in einer Protesthaltung des Tonderaner Ortsvereins: man hoffte, bei Deutschland zu verbleiben, wollte einfach nicht an die drohende Ungerechtigkeit gegenüber Tondern glauben. Dabei war die Entscheidung über den Grenzverlauf noch nicht gefallen — die Abstimmung in der II. Zone erfolgte erst am 14. März 1920, das Unterzeichnete Antwortschreiben aber trägt das Datum des 10. März!

Kopenhagen wünschte offenbar, eine vorschnelle Loyalitätsbezeugung zu erlangen. Denn diese spezielle Tonderner Situation muß sicherlich im Zusammenhang mit der Ausweisungspolitik des dänischen Justizministers Rytter Anfang Juli 1920 gesehen werden, als man eine Reihe von Gewerkschaftsführern und Arbeitern gewaltsam nach Deutschland abschob. In Tondern traf das den Redakteur Heinrich Wienecken von „Der freie Arbeiter“.⁵ Diese Aktionen erregten als sog. „Rytterpolitik“ erheblich die Gemüter der Zeitgenossen und sind bis heute keineswegs im Zusammenhang untersucht worden.

Diese Unruhe innerhalb der Arbeiterschaft setzte sich bis zum „Tonderaner Heimatfest“ im Juni 1921 noch fort, als sich zum ersten Male die Deutschen Nordschleswigs unter starker Beteiligung auch der Sozialdemokraten Tonderns versammelten. Daß dieses Heimatfest so sehr in die Schlagzeilen der Presse geriet, war im wesentlichen dem Redakteur Knud Hansen von „Kolding Socialdemokrat“ zuzuschreiben. Er griff das Fest als ein „alld deutsches Agitationsfest“ massiv an und kritisierte die Teilnahme der deutschen Sozialdemokraten. Knud Hansen war zugleich Herausgeber von „Sønderjyllands Socialdemokrat“, einer Nebenausgabe seiner Koldinger Zeitung, war damit aber pressemäßig der Sprecher der nun dänischen nordschleswigschen Sozialdemokratie. Gegen seinen Ton verwarthen sich die Ortsvereine von Sonderburg und Tondern und setzten bei der Partei eine Verfügung durch, die es Hansen untersagte, weiterhin über die nationale Frage in Nordschleswig zu schreiben. Damit hatte der Fall den Tonderner Rahmen gesprengt und ganz Nordschleswig ergriffen. Was stand dahinter?

5

Der Übergang zur dänischen Parteiorganisation bedeutete für jeden Sozialdemokraten den Übergang auch zur dänischen Sprache und damit zu einer neuen Kultur. Wenn Ferdinand Zimmermann in der Abstimmungszeit aus innerer Überzeugung die These vertreten konnte, daß die „nationale Entscheidung eine Privatsache“ eines jeden Sozialdemokraten sei, so ließ sich doch nicht leugnen, daß sie auch für die Partei schwerwiegende Probleme in sich barg. Friedrich Bauer hatte viele Briefe erhalten, daß sich alte Sozialdemokraten durch den uneingeschränkten Gebrauch der dänischen Sprache in der Partei verunrechtet fühlten. Daher wurde Bauer sehr früh klar, daß die Partei hier ein nationales Problem nicht nur anpacken, sondern auch lösen mußte. Er wollte deswegen die „Flensburger Volkszeitung“ mit einer nordschleswigschen Kopfleiste für die deutschsprachigen Parteigenossen herausgeben. Dafür setzte er sich zielstrebig ein; daher auch der Kontakt mit Pastor Schmidt. In seiner Schrift über „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“ erklärt er unmißverständlich:⁶

„Wäre es aber nicht *unsozial*, wenn wir Teilen unseres Volkes ihre natürlichen Rechte vorenthalten, wenn wir sie ausschließen von dem Rechte der Pflege ihrer Kultur und Muttersprache, wenn wir die natürlichen Verbindungen mit ihren Landsleuten unterbinden oder diese Unterbindung auch nur dulden?“

Man spürt durch diese Worte die zeitliche Nähe zu der damaligen angespannten Situation in Nordschleswig hindurch — Sommer 1921! Und noch drängender werden seine Worte:

„Wäre es nicht *undemokratisch*, wenn wir auch nur dulden würden, daß eine nationale Minderheit einer staatlichen Mehrheit diktatorisch untergeordnet wird, ohne ihr die geringste Selbständigkeit in Verwaltung und Kulturpflege zu gewähren? Selbst wenn einem Sozialdemokraten die Beantwortung dieser Fragen unangenehm sein sollte, er muß sich wohl oder übel zu der klaren Antwort bekennen, daß er nicht anders kann, als den *nationalen Minderheiten ihre Rechte zu gewähren.*“

Das war eine klare Sprache, besonders, weil sie aus dem Munde des Sprechers der bis dahin unterdrückten Arbeiterklasse kam. Bauer wich nicht aus und wagte aus klarer Verpflichtung gerade seinen dänischen Klassengenossen gegenüber zu erklären:⁷

„Doch auch in der Arbeiterschaft selbst spielt die Frage des Minderheitenrechts eine Rolle. In vollständiger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse hat man unsern *deutschen* Brüdern in Nordschleswig ohne weiteres den *Gebrauch der dänischen Sprache auferlegt*. In den Versammlungen wird dänisch verhandelt, Vorträge werden mit wenigen Ausnahmen in *dänischer Sprache* gehalten und das Parteiorgan „Sønderjyllands Socialdemokraten“ erscheint nur in dänischer Sprache. Es gibt aber große Teile der Arbeiterschaft, die weder einen Vortrag in dänischer Sprache verstehen, noch dänisch lesen können ... Die Gefahr einer Spaltung der Arbeiterbewegung könnte drohen. „Hier erwächst unseren dänischen Genossen im Interesse einer einheitlichen schlagfertigen Arbeiterbewegung die Pflicht, den deutschen Minderheiten das Recht der eigenen Sprache und Kultur zu gewähren, sei es durch deutsche Verhandlungssprache, Vorträge in deutscher Sprache und durch Lieferung einer Zeitung in deutscher Sprache. Man gebe sich ja keiner Täuschung hin! Die so eng verwobenen tausendfältigen Verbindungen mit der deutschen Kultur und Heimat lassen sich nicht so leicht verwischen; deren Beseitigung würde auch nicht im Interesse der dänischen Bewegung liegen.“

Damit hatte Friedrich Bauer es ausgesprochen: Er forderte eine deutschsprachige Zeitung. Kopenhagen hatte ursprünglich (1919?) eine deutschsprachige Zeitung versprochen, das Versprechen aber nicht eingelöst. Die Parteizentrale war überhaupt nicht gewillt, diese einstige Absprache zu erfüllen. Mit Entschiedenheit wies Kopenhagen daher alle neuerlichen Pläne Friedrich Bauers ab. Es empfand ihn als unbequem.

Der Bazillus der Parteispaltung ging in den Jahren um. Sogar I. P. Nielsen sprach davon. Und man wußte in Kreisen der dänischen Partei von weiterreichenden Plänen Bauers, von einem „Grenzbund für deutsch-dänische Verständigung“ im Grenzland.

Bauer argumentierte ohne Arg, weil er davon ausging, daß es auch in Zukunft minderheitenrechtliche Fragen im Rahmen der Parteiarbeit zu lösen galt und er die neue Grenze nicht als eine „abgrundtiefe Scheide“ sehen wollte. Aber Kopenhagen wünschte keine Einflußnahme in die sozialdemokratische Organisationsarbeit von Flensburg aus; man lehnte ein Übergreifen der Presse nach Nordschleswig strikte ab. In aller Schärfe wurde die neue Grenze den Sozialdemokraten zu beiden Seiten des Scheidebachs von Kopenhagen deutlich gemacht. Das war eine weitere große Überraschung.

Mitten aus den Vorbereitungen für eine von Berlin und Kopenhagen für notwendig erachtete Konferenz über solche strittigen Fragen verließ Friedrich Bauer im August 1921 Flensburg, um in Hamburg mit der Betriebsrätearbeit ein neues Wirkungsfeld zu übernehmen. Es kann offengelassen werden, ob Kopenhagen auf Berlin eingewirkt hat, ihn aus Flensburg abzuberufen. Friedrich Bauer mußte dem neuen Kopenhagener Parteimanagement in seiner einflußreichen Position im Grenzraum ein Dorn im Auge sein. Er war einfach zu vital, verfügte über ein weitgespanntes Netz von Verbindungen. Er mußte gehen! Daß Bauers Weggang überraschend kam, mag daraus erhellen, daß seine grundlegende Veröffentlichung über „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“ erst nach seiner Versetzung nach Hamburg herauskam. Kopenhagen konnte nur wünschen, die alten Verbindungen nach Süden, vor allem nach Flensburg, radikal zu unterbinden. Es sollte „Ruhe an der Grenze herrschen!“ Daher kam es auch folgerichtig zu dem „Stauning-Wels-Abkommen“ von 1923.

6

Damit aber ist der Bogen gespannt. Für die Sozialdemokratie in Nordschleswig stellte sich unmittelbar nach der Abstimmung von 1920 die nationale Problematik zentral als Frage nach einem deutschsprachigen sozialdemokratischen Presseorgan. Als eine solche faßten Friedrich Bauer und Pastor Schmidt-Wodder die Frage richtig auf. Darüber herrschte zwischen ihnen weitgehendes Einvernehmen. Auch im taktischen Bereich wahrte man den Gleichklang; keiner redete in die Dinge des andern hinein. Die verbindende Grundlinie fand man — sie ist hier nicht erörtert worden — in der Pflege der schulischen Belange.

Es ist eingangs nach den beiderseitigen Positionen gefragt worden. Die Grundhaltung von Schmidt-Wodder gipfelte in der lapidaren Feststellung: Lieber eine deutschsozialdemokratische Zeitung als eine dänische! Friedrich Bauer forderte: Der deutschen Arbeiterschaft stehe „das Recht auf eigene Sprache und

Kultur zu.“ Diese Kultur müsse auch für die Erwachsenenwelt durch Deutsch als Verhandlungssprache, durch Vorträge und durch eine deutschsprachige Parteizeitung als elementares Minderheitenrecht garantiert werden.

Somit herrschte zwischen Bauer und Schmidt-Wodder eine unabgesprochene Übereinstimmung in den kulturellen minderheitenrechtlichen Fragen. Bauer suchte diese für die deutschsprachigen Sozialdemokraten Nordschleswigs in Kopenhagen durchzusetzen.

Kopenhagen versprach, diese Fragen zu untersuchen und verwies z. B. die Zeitungsfrage an das Pressekomitee der Partei. Erstaunlicherweise taucht sie in dessen Protokoll überhaupt nicht auf.⁸ Dieses sonderbare Verhalten der Zentrale wirft ein eigentümliches Licht auf die Bereitschaft der dänischen Partei, anstehende minderheitenrechtliche „Parteifragen“ für ihre deutschen Parteigenossen loyal zu lösen. Offiziell erkennt man die deutschen Wünsche als berechtigt an, lehnt jedoch einen Flensburger Zeitungsableger strikt ab, aber unternimmt nichts, um den deutschen Arbeitern entgegenzukommen.

Als Bauer 1921 dann aus dem Gesichtskreis des Grenzlandes verschwindet, steht dem dänischen Bestreben nach der vollen politischen Integration der deutschen Sozialdemokraten kein ernsthafter Widerstand mehr entgegen. Es gab in Nordschleswig keinen deutschen Sozialdemokraten, der die „deutschkulturellen“ Fragen formulieren konnte oder wollte, auch Lehrer Jacobsen in Sonderburg nicht. Die Führungsrolle wuchs unmerklich dem Reichsdänen I.P. Nielsen zu. Ferdinand Zimmermanns Auffassung, die nationale Frage sei eines jeden „Privatsache“, setzte sich mit der Zeit durch. Ohne politischen Rückhalt im Süden konnte sich eine deutschsozialdemokratische Gruppe nicht behaupten. Man darf also heute wohl danach fragen, wer denn die Unterlassungen begangen hat. Vielleicht traf die eingangs erwähnte Äußerung von Pastor Schmidt gar nicht so sehr daneben.

1 Friedrich Bauer: Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Flensburg 1921.

2 Gerd Callesen: Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie 1912 bis 1924, Apenrade 1970. S. 96f. Callesen irrümlich 26. Oktober.

3 Bauer, a. a. O. S. 14 f.

4 Callesen, a. a. O. S. 176, Anm. 50

5 „Hamburger Fremdenblatt“ Nr. 290 vom 15. Juni 1920 berichtet, daß aus Sonderburg allein 40, aus Apenrade 25 Streikführer ausgewiesen wurden. Die Aktion ist von der Internationalen Kommission wahrscheinlich um den 7. Juni veranlaßt, aber nach dem 15. Juni — der offiziellen Inkorporation Nordschleswigs in Dänemark — von der dänischen Regierung fortgesetzt worden. Die rechtliche Handhabe bestand sicherlich darin, daß es sich bei allen Personen um nicht abstimmungsberechtigte Nordschleswiger handelte.

6 Bauer, a. a. O., S. 10

- 7 Bauer, a. a. O., S. 20 f.
8 Callesen, a. a. O., S. 177
-

Die „Flensburger Volks-Zeitung“ schrieb am 16. Juli 1921 zu den sich bemerkbar machenden Spaltungstendenzen u. a.:

„Behagt den nordschleswigschen Arbeitern dieses oder jenes in der Bruderpartei nicht, dann versuche man es zu ändern. Das kann geschehen, wenn sich die nordschleswigschen Arbeiter Mann für Mann der dänischen Sozialdemokratie und den dänischen Gewerkschaften anschließen und kraft ihrer Stärke Einfluß zu gewinnen versuchen, um ihnen die gewünschte Richtung zu geben. Nicht Austritt, sondern Masseneintritt ist der richtige Weg. Auch für Nordschleswig gilt das Wort eines Karl Marx: ‚Proletarier, vereinigt euch!‘ Nur das letztere liegt im eigenen Interesse.“

Friedrich Bauer in „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“ S. 21

Die „Holm-Nixe“, wie die am 3. September zusammen mit dem Fußgängerbereich in Flensburg eingeweihte Brunnenanlage nun offiziell heißt, hat — im Gegensatz zu dem im allgemeinen nur geringen Interesse der Bürger an den Kunstwerken in ihrer Stadt — ein außergewöhnlich lebhaftes, wenn auch widersprüchliches Interesse gefunden. Die Meinung des „Mannes auf der Straße“ ist in Leserbriefen pro und kontra sehr heftig zum Ausdruck gekommen. Wir haben Ulrich Beier, der die Brunnenanlage gestaltet hat, gebeten, sich selbst zu seinem Werk zu äußern.
Die Red.

ULRICH BEIER

DIE „HOLM-NIXE“

Überlegungen beim Entwerfen eines Brunnens für den Holm in Flensburg

„Manchmal hat man es sofort, öfters dauert es auch ziemlich lange, bis man es gefunden hat,“ sagte mein Lehrmeister Christian Brodersen zu mir, als ich ihm zusah, wie er seine schönen Ornamente modellierte. Damit charakterisierte Brodersen — er war ein instinktsicherer Bildhauer von untrüglichem Qualitätsgefühl und unendlicher Geduld — eine für ihn angemessene sehr gute Methode, die bei geringerem Talent jedoch auf das Stochern mit der Stange im Nebel hinausgelaufen wäre. Wenn die Sache, um die es geht, aber größer ist, als daß sie sich zwischen zwei Bankhaken spannen ließe, muß der Bildhauer reflektieren. Bevor ich die Lösung einer Entwurfsaufgabe versuche, mache ich es wie der bekannte Physikprofessor in Spoerls „Feuerzangenbowle“: Ich stelle mich ganz dumm: Das heißt: Ich versuche eine vorurteilsfreie, nicht von Bedingungen und Einschränkungen getrübe Formulierung des Ziels dieser Arbeit zu finden. Erst wenn ich diese habe, kann ich deren spätere wirkliche Gestalt erarbeiten. Statt: *Watt is enne Dampmaschin?* heißt es in dem hier zu behandelnden Falle dementsprechend, aber leider schon weniger lapidar: Was ist ein Brunnen, der niemanden mit Wasser versorgen muß, mitten in der Stadt, gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts? Ein Brunnen ist — ich kann hier im Bilde bleiben — wie die Dampmaschin, erstmal und auf alle Fälle: ein großes schwarzes Loch! Aber, Spaß beiseite, mit der Definition der Aufgabe fängt die Arbeit des Bildhauers an. Je besser sie sich definieren läßt, desto direkter kann er das Ziel angehen. Ich suche also zunächst die einfache Formel, die künstlerische Utopie, den direkten Weg zur ungetrübten Lösung und sehe ihn dann allzubald durch eine Reihe von

Fakten verstellt. Meine ganze Anstrengung richtet sich nun darauf, diese utopische, ungetrübte Vorstellung durchzuhalten, sie hinüberzuretten in die Wirklichkeit der steinernen Erscheinungsform, die einen möglichst alles Wenn und Aber vergessen lassen soll, in die alle kränkenden äußeren Bedingungen einverleibt, ganz aufgenommen und selbst Form geworden sind, das heißt: ich muß ihre überzeugende Gestalt finden! Nun hat es mit der Überzeugungskraft von Kunstwerken aber so seine Bewandnis:

Es geht hier nicht um die Zustimmung auf den ersten Blick, um das verblüffte „Jawoll, das ist es!“ Hier muß Überzeugungskraft sich bewähren, nicht, indem Gewöhnung statthat, sondern im Vertrautwerden mit der prallen Lebendigkeit und der stetigen Herausforderung durch die Präsenz des Bildhaften — durch Faszination auf Dauer!

Die gestellte Aufgabe ohne Wenn und Aber hätte etwa so lauten können: Fasse mit den heutigen Mitteln der Bildhauer- und Steinmetzkunst eine trinkwasserführende Quelle im Schnittpunkt der Straßenachsen Holm-Nikolaistraße ein. Wohlgermerkt: am Fuße des wasserführenden westlichen Geesthanges, genauer: auf der Höhe von dessen Geröllhalde, ausgerichtet nach dem natürlichen Gefälle des Wassers auf den tiefsten Punkt der Stadt zu, nämlich den Hafen und das Mühlenstromtal.

Aber, nu geit dat los: Die Quelle führt gar nicht immer Wasser von der erforderlichen Menge, also muß es umgewälzt und mehrfach vorgezeigt werden. Bevor es überhaupt an der in Betracht kommenden Stelle in Erscheinung tritt, hat es überdies als Kühlwasser für die Aircondition eines Kaufhauses gedient. Gleichwohl soll diese Quelle, als eine von über hundertdreißig im Stadtgebiet bevorzugt und geehrt, auf die Bedeutung des Wassers für das Leben in der Stadt hinweisen. Gerade in ihrer eigentümlichen Unvollkommenheit deutet sie auch auf die Verletzlichkeit und die Schutzbedürftigkeit dieses Lebenselements hin. Ihr Gerichtetsein nach dem Hafen hin bleibt wichtig. Es macht den Zusammenhang mit der Landschaft erst deutlich und ganz augenfällig.

Was den gewählten Standort betrifft: Wir greifen hier in einen Bereich ein, der seit langem Bestandteil größerer planerischer Arbeiten ist, wo ein ganzes Arsenal von gewichtigen plastischen Körpern das Bild bestimmt: Telefonhäuschen, von Mauerwerk aufwendig kaschierte Kabelkästen, Fahrradständer, voluminöse Pflanzbecken und dergleichen. Außerdem befinden sich hier, mehr oder weniger tief verborgen und der Erde einverleibt, unverrückbar und nicht überbaubar, wichtige Versorgungsleitungen. Wir müssen also mit unserem Brunnen bis in die Häuserflucht der Ostseite, der sogenannten Groschenseite, ausweichen und hier wiederum, die Symmetrieachse verlassend, der Feuerwehr einen Durchschluß geben. Damit ist die visuelle Wirksamkeit unseres Artefaktes in Nord- und Südrichtung stark eingegrenzt. Schlicht gesagt: Man kann es vom Südermarkt aus

nicht sehen. Die Möglichkeit, Passanten erst auf mittlere Distanz anzulocken und um das Wasser zu versammeln, bestimmen nun die Form und die Abmessungen der Anlage. Also: Keine hochaufragende Brunnensäule, keine „Wasserkunst“, die das gefährdete Element verschwenderisch verströmt oder dekorativ verschleudert, sondern vielmehr und viel bescheidener eine das „große schwarze Loch“ bergende Mulde, in der die besagte Schutzbedürftigkeit ganz anschaulich wird. Daraus folgt die Anordnung der Stufen und das schützende Schmiedewerk des Gitters, ebenso die spiralig gespannte Form der den besonderen Ort wie ein Schutzgeist beherrschenden Skulptur.

Ich sagte oben ganz allgemein: ... erfassen mit den heutigen Mitteln der Bildhauer- und Steinmetzkunst. Das muß ich gleich einschränken auf: soweit sie mir zu Gebote stehen; und das sind selbstverständlich nur meine eigenen künstlerischen und handwerklichen Mittel (von Geld ist hier nicht die Rede). Denn wie man solche Brunnen macht, wurde in meiner Generation nicht mehr überliefert: weder von Brodersen noch von meinem Lehrer Steffen, der seinerseits bei Maillol das nicht gelernt hatte. Ich bin also frei von erlernten Vorurteilen und nur meinen eigenen überlassen und finde Entsprechendes in meinem Arbeitsjournal unter dem 17. März 1976: „Um mich dem Brunnenoder Quellenthema zu nähern (strenggenommen bedeuten beide Wörter wohl dasselbe) in Erinnerungen gekramt:

Die Betonzylinder am Ostseebad, von denen es hieß: „Da sind die Quellen drin.“ Die ständig laufende Wasser in der Stadt. Mehrere in der Nachbarschaft, in der Roten Straße. Zwei alleine auf „Bäckers Hof.“ Unvergesslich ihr würziger Geschmack.

Alles überstrahlend der Eindruck des monströsen Bismarckbrunnens: maritimes Urerlebnis jeden Tag. Herrlich der einfassende Granitwulst. Wie überschäumend darauf die lüsternden Meermädchen mit den blankgewetzten runden Armen aus Bronze, mit Heringen in der Hand. Im Hinblick auf die künstlerische Wahrheit mir damals zwar verdächtig, aber heiß geliebt.

Dann die eingefassten Quellen an den Karawanenstraßen in Anatolien. Über ihren Wasserspeiern die Koransprüche in der schönen kufischen Schrift. Vetter Fritz ließ seinen Leinenhut voll Wasser laufen und stülpte ihn so auf den Kopf. In der Klosterruine in Alahan, im alten Lykien: die tiefliegende, über zwei sich kreuzende Treppen zugängliche Quelle als Baptisterium. Inbegriff der sakralen Bedeutung des lebendigen Wassers für mich.“

„UNDINE“?

Der Bildhauer Ulrich Beier hat sich offensichtlich an die Schillersche Mahnung gehalten: „Bilde Künstler, rede nicht!“, und so stehen viele Betrachter ratlos vor unserer Meermaid auf dem Holm. Dabei spricht das Bildwerk schon unmittelbar an. Kraftvoll teilt der Leib der Nixe die Wogen, windet sich zweimal und stützt sich ihren Schwanz umklammernd auf Kanten und Seiten des Quaders. Vielen gefallen die allseitig zu bewundernden Rundungen des Muschelkalks und die Glätte des Steins des amphibischen Wesens, das auf die Wasserseite der Hafenstadt Flensburg blickt. „Lockt dich der tiefe Himmel nicht, das feuchtverklärte Blau?“

Aber vielleicht bedarf es einiger Gelehrsamkeit, um in entmythologisierter Zeit „Undine“ Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie sei weder ganz Natur noch ganz Geist, heißt es da, und gehöre zu den „Wasserleuten“, wie sie Paracelsus neben den Berg-, Feuer- und

Windleuten als Elementargeist er in seinem „Liber de nymphis, sylvis, Pygmaeis et Salamandris et de caeteris spiritibus“ am Anfang der Neuzeit beschrieb. Nur die Elementargeist des Wassers, Nymphen und Undinen, können menschliche Gestalt annehmen, aber entbehren der menschlich mitfühlenden Seele, wenn sie sich nicht mit irdischem Manne vermählen.

Versteht Ihr mich nun? Unerlöst winde ich mich, unda, die Woge, die Welle, „Undine“, betörendes, schreckendes Abbild der ewig regen Mutter Natur. Fühllos auch, ohne unsterbliche Seele, bin ich wie sie. Ewig strömen die Wasser mir durch das Maul, starren die Augen ins Leere. Menschen, Schiffe und Städte hob' ich verschlungen. Wähnt Ihr mich tot? Sollt ich durch Liebe leiden? Wenig reizt mich das Menschsein, immer bleib ich die Sphinx. Gönnt Ihr mir Heimstatt bei Euch? „Seele des Menschen. Wie gleichst du dem Wasser! Schicksal des Menschen, wie gleichst du dem Wind!“

Dr. Paul Göttsching aus Glücksburg hat zu der vor dem 3. September noch namenlosen Brunnenfigur im „Flensburger Tageblatt“ die obigen Betrachtungen veröffentlicht.

DAT DINGSBUMS

Nee, watt wer datt güstern vorn

Opstand ann Holm. 'n Hupen Lüd, immer wedder annere, stünn rüm to snacken. Wegge grienten amüseert,

wegge grienten affällig, wegge meenten: „Ist doch sehr gut gelungen“ (tomeist jüngere Lüd), wegge quarken rüm: „Soll das etwa Kunst sein?“, und wegge weern richtig fünsch: „Eine Schande“, wetterten se und lamenteerten, datt Deert weer veel to düür, un ole Flensborgers würrn sich in eer Graff ümdreihn, wenn se datt Monstrum sehn kunnen, und eene Fru schimpte luut wat vun „Obszönität“.

Ja, un mitten mang de Bewunnerers, Quarkers und Schimpers stünn dat arme Dings dar nu, reet dat Halslock wied up, schien sick antostrengen, datt em meist de Ogen ut'n Kopp fulln, üm ook mal watt to den Meenungsstriet to seggen, awer dat Deert is ja ut Steen, und darüm keem nix bi de Anstrengung rut, nich mal Waater, wo over dee Lüd uk wedder watt to quarken harm.

De ollerren ünner die Kritiseerers erinnerten sick, meis mit Traans in de Oogen, an denn Brunn, die froher opn Südermarkt staan hett. Also, mien Urdeel över Kunst mutt ick ok mehr ut mien Höhnerooch as ut mien Sachverstand trecken, wiel datt mien Höhnerooch beeter entwickelt is, un op datt ole Bismarckdenkmal op'n Südermarkt Kunst oder Kitsch weer, kann ick nich beurdeelen, aver mien Geschmack weer datt nich. Nu is de

Dickmadame ja ok lang verschrottet, und nu hebben wie dor datt nee Dings, watt noch keen Naamen hett. Vunn offizielle Siet heet datt ja, datt dat son Ort „Sirene“ sien schall, een vun de Oster, de dar irgendwo mang Griechenland un Troja an Strand rümseeten un sick een Spaaß dorut makten, mit eer Singere de Seefohrers ut Stür to bringen. Nee, ick weet nich, de stellt sick mien Höhnerooch eegentlich watt anners vor. „Nessie“, so meenten güstern eenige Lüd, schull dat Dingsbums heeten, na datt pressefründliche Ungeheuer, wat ümmer denn jüst obdükt, wenn de Zeitungs-lüüt nix meer to schrieven weeten. Nu hett dat schottische Deert jo keener so genau to Gesicht kragen, over op dat ole Bees sun knackigen Busen hett? Glov ick nich!

Also, ich meen, datt is beeter eer keenen offiziellen Naamen to verpassen, denn vun watt, watt een richtigen Naamen hett, dor wüllt sick dee Lüd ok watt Richtiges ünner vörstellen können, aver anners kann sick ja jeden een dor rutkieken, watt hee dor in finnen deit. Un noch watt mutt ick seggen, up de Gefohr henn, dann mi een barch Lüd vor beschürt hollen warm: Na näheres Bekieken, hett sick mien Höhnerooch all ganz goot mit dat Slangenmisål anfründ.

Im „Flensburger Tageblatt“ sind aus Anlaß der Aufstellung der Brunnenfigur über die ersten Publikumsreaktionen unter dem Titel „Dat Dingsbums“ die obigen Betrachtungen angestellt worden.

Aus dem Geschäftsbericht 1976 der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig hat sich im Berichtszeitraum erneut ihrem satzungsmäßigen Auftrag entsprechend den sozialen und sozialpädagogischen Anforderungen im deutsch-dänischen Grenzland gestellt und ist hierbei bestrebt gewesen, einen inhaltlich zeitgemäßen Beitrag zu leisten zur sozialen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung unseres Landesteiles. Ein vielgliedriges und breitgefächertes System im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe kam auch 1976 zum Einsatz durch die Unterhaltung von 16 Kindergärten, 4 Gemeindefrauenstationen, 3 Schullandheimen, 2 Erholungsheimen für Kinder und Mütter, einem Jugendfreizeitheim, einer Familienbildungsstätte, einer Altenbegegnungsstätte sowie einer Entsendestelle für Mütter, Kinder und Alte. Außerdem haben wir gemeinsam mit den örtlichen freien Wohlfahrtsverbänden Hauspflege betrieben.

Das Angebot unserer 30 sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen richtet sich an alle Bürger dieser Landschaft und versteht sich als ein deutscher Beitrag zur sozialen Sicherung im friedlichen Wettstreit der sich in unserer Heimat begegnenden beiden Kulturströme. Wir bemühen uns, durch national- und sozialpolitisches Wirken nicht nur um annähernd gleiche Lebensverhältnisse für die in unserem Grenzraum heute in friedvoller Nachbarschaft lebenden Menschen, sondern auch darum, im sozialen Bereich einen Ausgleich zu schaffen für die vielfältigen Nachteile, die sich für unsere Region durch ihre periphere Lage und durch die damit verbundenen infrastrukturellen Defizite ergeben. Hierbei sehen wir in dem Wettstreit mit dem vorbildlichen Sozialwerk der dänischen Seite keine falsche Konkurrenzsituation, sondern eine großartige Chance, im gegenseitigen Ansporn und in gegenseitiger Befruchtung kulturelle Kräfte und soziales Engagement in einem Maße zu entfalten und zu fördern, wie es wohl nur in einem Grenzland möglich ist, in dem sich auf einem langen Weg Menschen und Staaten unterschiedlichen Volkstums arrangiert haben zum Wohle und zum besseren Miteinander aller, und zwar zu einem Miteinander, das die Eigenständigkeit des anderen respektiert und achtet, ganz gleich, ob er der Mehrheit angehört oder sich der jeweiligen Minderheit zugehörig fühlt.

Zur Durchführung unseres Auftrages standen uns rd. 250 Mitarbeiter in 30 Einrichtungen zur Verfügung, davon 175 sozialpädagogische Fachkräfte. Darüber hinaus waren im Vorstand der ADS, in Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüssen und Beratungsdiensten ca. 40 Kräfte ehrenamtlich tätig. Hinzu kommen noch etwa

130 Hauspflegerinnen mit einer Arbeitsleistung von rd. 113 000 Stunden. Die Arbeit erforderte einen Kostenaufwand von 7,5 Mio DM, wovon 3,9 Mio DM auf Personalkosten, 2,5 Mio DM auf Sachkosten und 1,1 Mio DM auf Investitionsmaßnahmen entfielen. Aufgebracht wurden die Kosten in Höhe von 1,8 Mio DM durch globale Bundes- und Landesmittel, 2,1 Mio DM durch zweckgebundene Zuweisungen des Bundes, des Landes, der Gebietskörperschaften und verschiedener anderer Institutionen. Allein 3,6 Mio DM an Kosten wurden durch Eigeneinnahmen bestritten. Das sind rd. 50% der Gesamtausgaben.

Walter Suck 65 Jahre

Am 21. September konnte Walter Suck, in der Jahresversammlung 1977 des Grenzfriedensbundes in seinen Vorstand gewählt, seinen 65. Geburtstag feiern. Über seinen Lebensweg schrieb das „Flensburger Tageblatt“:

Der frühere Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete und langjährige Stadtrat und Ratsherr der Fördestadt, Walter Suck, vollendet sein 65. Lebensjahr.

Er war von 1969 bis 1976 der direkt gewählte Flensburger Abgeordnete im Bundestag, von 1959 bis 1969 Ratsherr und Stadtrat der Stadt Flensburg, von 1967 bis 1971 Kreisverbands-Vorsitzender der SPD in der Fördestadt und von 1952 bis 1969 Vorsitzender bzw. Geschäftsführer der Flensburger ÖTV. Für seine kommunalpolitischen Verdienste erhielt Walter Suck 1968 die „Freiherr-vom-Stein-Medaille“. Der Jubilar, der sich stets durch Sachlichkeit, Bescheidenheit und Freundlichkeit auszeichnete, genießt dank seiner ruhigen Art, seiner Umsicht, seines Fleißes und seiner Integrität hohes Ansehen nicht nur bei seinen Freunden, sondern auch beim politischen Kontrahenten. Er hatte 1976 aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder für den Bundestag kandidiert. Suck ist gebürtiger Flensburger. Nach dem Besuch der Oberrealschule ging er 1929 in die Maschinenbaulehre, trat nach dem Kriege in die Dienste der Stadt ein und war technischer Angestellter bei den Stadtwerken. Dort war er von 1947 bis 1962 Vorsitzender des Personalrats. 1952 wurde er Vorsitzender der ÖTV und 1952 Geschäftsführer. Der SPD gehört er seit 1958 an.

*

Artur Thomsen wurde 50 Jahre all

Bei einem Empfang aus diesem Anlaß gratulierte Ernst Beier dem in der Jahresversammlung 1977 als Nachfolger Dr. Johannsens zum 1. Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes Gewählten und sagte zu der ihm gestellten Aufgabe:

Vor nunmehr 27 Jahren, als der Grenzfriedensbund gegründet wurde, stand die nationale Auseinandersetzung um deutsch oder dänisch hier im Grenzgebiet noch im Vordergrund des politischen Interesses, die alles andere mehr oder weniger überdeckte oder doch in den Hintergrund treten ließ. Das war einmal. Heute sind die Verhältnisse gerade umgekehrt. Die nationale Problematik unserer engeren Heimat ist heute weitgehend zurückgetreten und liegt jetzt ganz und gar im Windschatten der großen Politik. Hatten wir es 1950 mit einer Überbetonung des Nationalen zu tun, so heute weitgehend mit einem ausgesprochenen Desinteresse. Für den „Mann auf der Straße“ ist die Frage deutsch oder dänisch kein Problem mehr. Das eine wie das andere ist verkehrt. Nicht das Auf-sich-beruhen-lassen der nationalen Problematik scheint hier das Richtige, sondern ihre geistige Aufarbeitung. Galt es vor einem Vierteljahrhundert, das nationale Engagement auf ein normales Maß zurückzudämmen, so ist es im Gegensatz dazu heute nötig, das Interesse für die besonderen Aufgaben des Grenzlandes wachzuhalten. Hier ist noch manches zu tun, was des Nachdenkens wert ist. Als einem Angehörigen einer jüngeren Generation sei dem neuen Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes aus Anlaß seines 50. Geburtstages zu seiner neuen Aufgabe viel Erfolg gewünscht.

*

Dr. Niels Wernich †

Am 18. Juni 1977 starb im 85. Lebensjahr eine markante Persönlichkeit des Grenzlandes. Dr. med. Niels Wernich, Sonderburg, überlebte nicht die Folgen eines Verkehrsunfalles.

Dr. Wernich entstammte einer Pastorenfamilie aus Ulkebüll/Alsens. Seine Mutter war eine Schwester Pastor Schmidt-Wodders, des langjährigen Führers der deutschen Volksgruppe. So war ihm von zu Hause schon ein spezielles volkspolitisches Denken mitgegeben. Die Jugendbewegung hat ihn früh geprägt. Als Freiwilliger nahm er am 1. Weltkrieg teil. 1920 entschied er sich, in der Heimat zu bleiben, um als Arzt in Sonderburg zu wirken.

Er war ein aufrechter Christ mit festen moralischen Grundsätzen. Das hat ihn besonders ausgezeichnet. Aber als fortschrittlichen Menschen bewegte ihn auch das neue Denken; innerlich gehörte er zu Männern wie Johannes Tiedje, dem Rembrandtdeutschen und Johannes Schmidt-Wodder. Sehr früh erkannte er das ausufernde Streben des Nationalsozialismus.

Seine besondere Bedeutung für die Volksgruppe wird darin bestehen, daß sein absolutes Nein zum Nationalsozialismus – zunächst für sich persönlich getroffen – der Ansatzpunkt wurde, nach 1945 am Aufbau einer deutschen Gemeinschaft entscheidend mitzuwirken. Auch die Gegner der Volksgruppe konnten nicht

umhin, ihm ihren Respekt zu erweisen.

Mit diesem moralischen Hintergrund war er in der Stunde null der Mann, um den man sich scharte. Als sich der Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger am 22. Juni 1947 konstituierte, wählte man ihn zum Hauptvorsitzenden.

Er war kein Mann der großen Aktionen. Das erste Knivsbergfest – das jährliche allgemeine Treffen der Volksgruppe – nach dem Kriege fand im Sommer 1947 statt. Unter seiner Leitung entschloß man sich, in der sog. Dr.-Reuter-Wahl im Okt. 1947 sich wieder am parlamentarischen Leben zu beteiligen. Es wurde ein eindringlicher Beweis des deutschen Lebenswillens. Mit dem sog. Kopenhagener Protokoll vom 27. Oktober 1949 krönte er seinen politischen Einsatz, als ihm als Sprecher der Minderheit von der Regierung die staatsbürgerlichen Rechte und Grundrechte zugesichert wurden. Damit war die staatspolitische Grundlage der Minderheit aufs neue untermauert. Und abschließend darf betont werden, daß es weitgehend Dr. Wernich zu danken ist, daß die Spannungen innerhalb der Volksgruppe ausgeglichen werden konnten.

Als es ihm nicht mehr zwingend notwendig erschien, die Führung zu behalten, zog er sich zurück und trat als prüfender und wertender Betrachter wieder ins Glied.

Dr. Paul Koopmann

*

Deutsche Schularbeit im deutsch-dänischen Grenzraum

Der Grenzfriedensbund veranstaltet mit dem Bund deutscher Nordschleswiger eine Tagung, um der Frage nachzugehen, welche bildungspolitische Bedeutung der deutschen Schularbeit im deutsch-dänischen Grenzraum zukommt :

Ist die Schule überwiegend als Stätte der Wissensvermittlung zu verstehen? Welche kulturpolitische Aufgabe hat die Schule speziell im deutsch-dänischen Grenzraum?

Welche Folgerungen ergeben sich aus der Beantwortung der beiden genannten Fragen für das Selbstverständnis der Lehrer?

Von diesen Fragen ausgehend, soll grundsätzlich besprochen werden, welcher gesellschaftspolitische Stellenwert der Schule heute zukommt.

Teilnehmer dieser Tagung werden in erster Linie diejenigen sein, die unmittelbar betroffen sind: Lehrer und Eltern aus Nordschleswig und dem Landesteil Schleswig, um sich über die jeweilige Situation gegenseitig zu informieren und Erfahrungen auszutauschen.

Mit diesem Programm wird – anhand einer konkreten Fragestellung – das Bemühen des Bundes deutscher Nordschleswiger fortgesetzt, das deutsche Selbstverständnis zu erörtern und zu klären.